



Europäische
Kommission

[FRÜHJAHR 2013 ▶ Nr. 45]

panorama

inforegio

► Gemeinschaften zusammenbringen

EU-Mittel für mehr Stabilität
und Zusammenarbeit

► Kohäsionspolitik – die wichtigste
Quelle für EU-Investitionen

► Bewährte Verfahren
der Stadtentwicklung

Regionalpolitik
und Stadtentwicklung

▶ **EDITORIAL** 3

Kommissar Johannes Hahn

▶ **SCHWERPUNKT** 4-7

EU-STRUKTURFONDS SPIELTEN GROSSE ROLLE BEIM FRIEDENSPROZESS VON NORDIRLAND

▶ **DIE KOHÄSIONSPOLITIK ALS SCHLÜSSELFAKTOR IN DER WIEDERBELEBUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS IN EUROPA** 8-11

▶ **VERLEIHUNG DER REGIOSTARS 2013 ENTHÜLLT MEHR INNOVATIVE PROJEKTE IN DEN REGIONEN** 12-15

▶ **PROJEKTDATENBANK FÜR STADTENTWICKLUNG FÜR DEN POLITISCHEN LERNPROZESS** 16-19

▶ **MOBILISIERUNG DER HAUPTSTÄDTE DER EU** 20-21

▶ **FINANZINSTRUMENTE** 22-23

▶ **NACHRICHTEN IN KÜRZE** 24-25

▶ **MIT EIGENEN WORTEN** 26-30

Nationale und regionale Sichtweisen auf die Kohäsionspolitik

▶ **PROJEKTE** 31-35

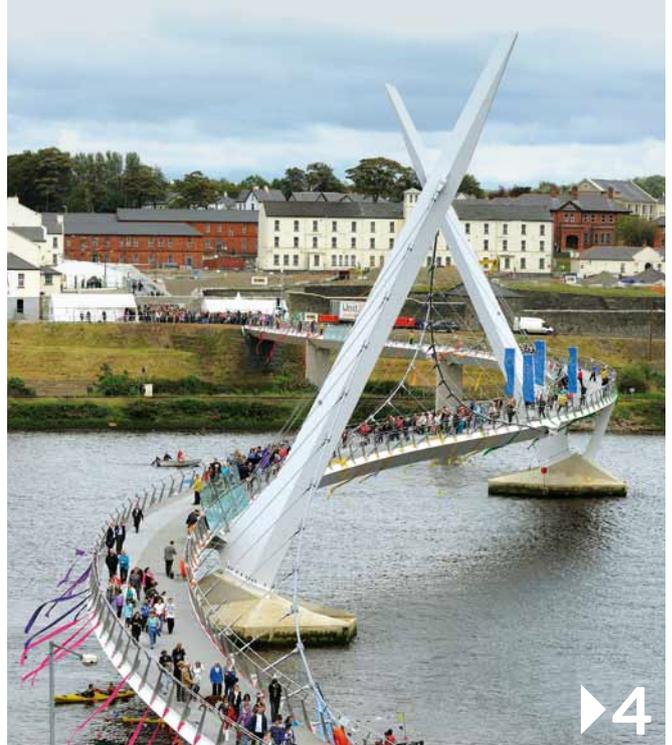
Projektbeispiele aus Estland, Frankreich, Lettland, Malta und dem Programm zur europäischen territorialen Zusammenarbeit

▶ **KARTEN** 36-37

Beschäftigungswachstum 2007 bis 2009
Jugendarbeitslosenquote 2011

▶ **ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN DER JASPERS-EVALUIERUNG** 38-39

▶ **TERMINE** 40



▶ 4



▶ 8



▶ 12



▶ 31



▶ 38

Fotos (Seiten):
Titelbild: © SEUPB
Seite 4: © SEUPB (Brücke)
Seite 6: Groundwork NI
Seiten 3-4-8-12-13-14-15-17-18-24-25-39:
© Europäische Kommission
Seite 19: Wien © Kurt Kuball/Wirtschaftsagentur Wien –
Budapest © Rév8
Seiten 22-23: © DCLG
Seiten 26-30: Midi-Pyrénées © Philippe Grollier/Région
Midi-Pyrénées – Austria © ÖROK – UK © DCLG – Toscana
© Regione Toscana
Seiten 31-35: Estonia © Crystalsol – REALIS © Région
Languedoc-Roussillon – Naco Technologies © Naco
Technologies – Malta © Ministère des infrastructures, des
transports et des communications, Malte – ETC © Winnet8

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 21 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm

Die Ausgabe wurde im März 2013 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2013

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Gedruckt in Belgien



▶ EDITORIAL

Johannes Hahn

Mitglied der Europäischen Kommission,
zuständig für Regionalpolitik

Von Beginn an haben die Europäische Union und ihre Vorgängerinitiativen eine zugrundeliegende Strategie verfolgt, bei der wirtschaftliche Kräfte zur Schaffung und Erhaltung von Frieden, Wohlstand und Respekt für die Demokratie und die Menschenrechte eingesetzt werden.

Daher waren wir alle sehr erfreut darüber, dass die EU im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat – als Anerkennung für die Arbeit, die sie in den letzten 60 Jahren nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg zur Bildung einer Wirtschaftsstruktur, die künftige Feindseligkeiten zwischen ihren Mitgliedstaaten undenkbar machen sollte, geleistet hat. Die EU ist ein Paradebeispiel dafür, wie aus historischen Feinden Partner werden können.

Es war schön, zu sehen, dass nach einem von der Finanzkrise und wirtschaftlichen Turbulenzen geprägten Zeitraum das Nobelpreiskomitee die Erfolge der EU aus langfristiger Perspektive betrachtet hat. Doch die EU hat nicht nur in der Vergangenheit eine friedensbildende Rolle gespielt. Wie Sie in dieser Ausgabe erfahren werden, hat die EU einen sehr positiven Einfluss auf die Stabilität und den Fortschritt eines sehr konfliktgeladenen Teils der Union genommen: Nordirland und das Grenzgebiet zu Irland.

Nach den Ankündigungen eines Waffenstillstands im Jahr 1994 war der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, der erste, der erklärte, dass wenn Unterstützung nötig sei, Europa nicht zögern werde, und ein Sonderhilfsprogramm für den Friedensprozess vorschlug.

So wurden im Laufe von fast 18 Jahren neben nationalen Förderungen etwa 1,3 Mrd. Euro an EU-Mitteln in mehr als 20000 Projekte investiert, um Frieden und Aussöhnung in diese hochproblematische Region der EU zu bringen. Es war mir eine Freude, zwei ehemals verfeindete Personen bei unserer PEACE-Programm-Sonderkonferenz „Geteilte Gemeinschaften zusammenbringen“ am 31. Januar in Brüssel in Freundschaft sprechen zu hören. Es handelte sich um den

Ersten Minister und den Stellvertretenden Ersten Minister von Nordirland. Ihnen beiden ist die Bedeutung der von Europa erhaltenen Unterstützung und ihres konstruktiven Ansatzes zur Neubildung der Gemeinschaft und Förderung von langfristigem Frieden bewusst.

Belebung der Wirtschaft in der EU

Die Regionalpolitik spielt eine zunehmend wichtige Rolle dabei, Europa zu helfen, einen Weg aus der anhaltenden Wirtschaftskrise zu finden. Sie ist die bedeutungsvollste Investitionspolitik der EU und ist stark auf Sektoren und Prioritäten ausgerichtet, die für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sorgen werden.

Die Regionalpolitik motiviert Regionen, ihre Stärken zu kapitalisieren und – mit Unterstützung der EU – Strategien der „intelligenten Spezialisierung“ für Wachstum auszuarbeiten, um ihr volles Potenzial im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit auszuschöpfen.

Aufgrund der EU-weiten finanziellen Einschränkungen waren die Verhandlungen in Bezug auf den künftigen Haushalt der Union, den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), besonders schwierig. In vielen Bereichen waren Einsparungen notwendig, und auch die Fonds der Regionalpolitik wurden davon nicht verschont.

Die stark fokussierte Strategie für die gezielte und kosteneffektive Nutzung dieser Fonds wird jedoch sicherstellen, dass die Regionalpolitik einer der wichtigsten Treiber für die wirtschaftliche Erholung und langfristige Gewährleistung von Wohlstand in der gesamten EU bleiben wird.

► EU-STRUKTURFONDS SPIELEN GROSSE ROLLE BEIM FRIEDENSPROZESS VON NORDIRLAND



Die strategische Finanzierung aus den Strukturfonds der EU war in den letzten 20 Jahren ein Kernelement bei der Anstrengung, Nordirland (Vereinigtes Königreich) nach konfliktreichen Jahren wieder zu Normalität zu verhelfen. Das war auch das Hauptthema der Sonderkonferenz „Geteilte Gemeinschaften zusammenbringen – die Erfahrungen aus dem PEACE-Programm der EU weitergeben“, die von Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, am 31. Januar in Brüssel ausgerichtet wurde.

„Einige wird es vielleicht überraschen, zu erfahren, dass das PEACE-Programm für Nordirland tatsächlich aus den Strukturfonds finanziert wird. Doch es sollte eigentlich bekannt sein. Die heutige Regionalpolitik ist ein Instrument, um die ehrgeizigen Ziele der EU – zur Schaffung von Beschäftigung, Wachstum und, ja, Frieden beizutragen – umzusetzen“, sagte Hahn in seiner Begrüßungsrede.

„Die PEACE-Programme der EU haben direkte Auswirkungen auf das Leben von rund einer Million Menschen in Nordirland und im irischen Grenzgebiet und haben dazu beigetragen, die Voraussetzungen für Frieden und Aussöhnung zu schaffen. Die EU-Gelder sind wichtig, um die Grundlagen für eine gemeinsame Gesellschaft zu bilden, in der beide Gemeinschaften die Früchte des Friedens ernten können“, so Hahn weiter.



VON RECHTS NACH LINKS:
Johannes Hahn, Peter Robinson
und Martin McGuinness.

Zu den Hauptrednern der Konferenz gehörten leitende politische Akteure aus Nordirland, wie der Erste Minister von Nordirland, Peter Robinson, der Stellvertretende Erste Minister, Martin McGuinness, und der irische Minister Brendan Howlin. Das Herzstück der Konferenz war eine Serie innovativer Erfahrungsberichte zu friedensbildenden Projekten, die im Rahmen des PEACE-Programms ins Leben gerufen wurden. Diese gaben wertvolle Einsichten in die geleistete Arbeit und in den Einfluss, den diese noch immer auf das Leben der Menschen nimmt.

▶ DIE „PEACE BRIDGE“

Im Juni 2011 eröffnete Kommissar Hahn offiziell die „PEACE Bridge“ („Friedensbrücke“) in Derry/Londonderry vor der politischen Führung von Nordirland und der Republik Irland. Die Friedensbrücke ist eines von mehreren legendären Projekten, die im Rahmen des Programms PEACE III mit einer EFRE-Förderung von 11,2 Mio. EUR realisiert wurden. Derry/Londonderry hatte sich während des Konflikts zu einer immer mehr gespaltenen Stadt entwickelt, in der Tausende von Protestanten vom Westufer weggezogen sind. Die Friedensbrücke verbindet nun beide Seiten des Flusses und ihr Design stellt einen symbolischen Handschlag über dem Foyle dar. Sie ist ein neues ausdrucksstarkes Symbol für die Stadt – sowohl physisch als auch metaphorisch –, das zwei Gemeinschaften verbindet, für die der Fluss zu einer signifikanten religiösen Trennlinie geworden war.

2 Mrd. Euro Unterstützung

Zwischen 1995 und 2013 erhielt die Regierung Nordirlands im Rahmen von drei aufeinanderfolgenden PEACE-Programmen beinahe 2 Mrd. Euro, die von der EU und den einzelnen Mitgliedsstaaten finanziert wurden.

Das PEACE-Programm stellt eine langjährige Partnerschaft zwischen den Bewohnern und der politischen Führung von Nordirland einerseits und der Europäischen Kommission, die von den Regierungen des Vereinigten Königreichs und von Irland unterstützt wird, andererseits dar.

Die EU-Sonderprogrammstelle (SEUPB) wurde eigens gegründet, um diese Mittel Initiativen zuzuweisen, die durch praktische Projekte den Zusammenhalt stärken und die Schaffung einer integrationsfördernden Gesellschaft unterstützen.

Der Weg zu einer stabilen Gesellschaft

Die Mittel und die Unterstützung haben im Laufe der Jahre den lokalen Gemeinschaften dabei geholfen, den Konflikt zu verarbeiten und sich im Rahmen von praktischen und strategischen Aktivitäten zu engagieren, um eine vielversprechende und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft sicherzustellen.

Das Programm PEACE III verfügt über ein Budget von 333 Mio. Euro und zielt vor allem darauf ab, Fortschritte hin zu einer friedlichen und stabilen Gesellschaft anzutreiben und die Aussöhnung durch die Unterstützung von Vorhaben und Projekten zu fördern, die die Gemeinschaften zusammenbringen.

Peter Robinson, Erster Minister von Nordirland, sagte: *„Wir genießen nun einen gewissen Frieden und mehr Stabilität nach einer Zeit, in der 3 000 Menschen getötet und Zehntausende verletzt wurden. Die EU hat einen großen Einfluss gehabt. Sie hat Tausende von Projekten in der ganzen Region unterstützt, damit wir unserer Bevölkerung eine bessere gemeinschaftliche Zukunft bieten können.“*

„Nordirland hat einen großen Wandel erlebt, doch die Reise ist noch nicht zu Ende“, warnte er. „Die jüngsten Ereignisse waren ein Weckruf dafür, dass noch viel Arbeit vor uns liegt.“

Der Stellvertretende Erste Minister, Martin McGuinness, betonte auch die symbolische Bedeutung der Friedensbrücke, die im Juni 2011 in Derry/Londonderry eingeweiht wurde. Die Brücke, die 14,6 Mio. Euro gekostet hat – über 11 Mio. daraus stammten von der EU –, *„habe das Gesicht von Derry für immer verändert.“*

„Die Brücke verbindet die einst geteilten Teile der Stadt miteinander und sei das Vermächtnis des PEACE-Programms,“ erklärte er weiter. *„Nun können alle Menschen von den vormals gespaltenen protestantischen und katholischen Gemeinschaften zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Brücke überqueren, um zu einer ehemaligen Militärbasis zu gelangen, die heute als gemeinsamer öffentlicher Raum dient. Seit der Eröffnung haben mehr als eine Million Menschen die Brücke genutzt.“*

Fähigkeiten und Selbstvertrauen vermitteln

Das PEACE-Programm, wurde betont, sei nur ein Bestandteil des Friedensprozesses in Nordirland. Doch es hat eine sehr wichtige Rolle dabei gespielt, die Bedingungen zu schaffen, in denen andere Initiativen funktionieren können.

Im Rahmen des Programms wurden Projekte in sehr schwierigen und benachteiligten Gebieten gestartet. Diese zielen darauf ab, jungen Menschen die nötigen Fähigkeiten und das Selbstvertrauen zu vermitteln, um mit konfessionell motivierter Gewalt umzugehen und sich davon abzuwenden.

Diese Projekte werden oft von Maßnahmen begleitet, die notwendige berufliche Kompetenzen vermitteln sollen. Es werden auch Sport, digitale Medien und zahlreiche andere Instrumente eingesetzt, um gerade die junge Bevölkerung zu erreichen und ein Bewusstsein für das Leben in einer vielseitigen Gemeinschaft zu schaffen sowie das Risiko der Verwicklung in Dissidentengruppen zu reduzieren.

„Das PEACE-Programm der EU sei ein gutes Beispiel für das Engagement für Frieden und Aussöhnung der Union“, betonte Kommissar Hahn. *„Es geht nicht um schnelle Lösungen.“* ▶▶

FUSSBALL FÜR ALLE

Auch Fußball wird genutzt, um die beiden gespaltenen Gemeinschaften einander näher zu bringen. Sport, und insbesondere Fußball, hat eine große Reichweite, und mit Unterstützung des EU-Programms PEACE III arbeitet das *Football For All* Projekt der Irish Football Association mit 100 Mitarbeitern in 53 lokalen Fußballvereinen daran, die Botschaft des gemeinsamen Respekts zu verbreiten. Das Projekt hilft lokalen Vereinen dabei, den Anschluss an die Gemeinschaften wiederzufinden. Es wurde sogar ein gemeinschaftsübergreifendes Fußballteam namens *Limestone United* gegründet, um Jugendliche von beiden Gruppen zu ermutigen, gemeinsam als Team zu agieren.

ALEXANDRA PARK – „HINDERNISSE ÜBERWINDEN“

Der Alexandra Park im Norden von Belfast war schon immer ein „umkämpfter Ort“, und im Jahr 1994, als sich viele schon auf eine Zeit ohne Konflikte freuten, wurde eine neue „Friedensmauer“ genau in der Mitte des Parks errichtet, um nächtliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Diese eine Handlung war, in einer Zeit zunehmenden Friedens, ein Zeichen dafür, wie weit der Weg für die Gemeinde noch sein würde.

Der Park, der mit seiner 20 Jahre alten 3 Meter hohen Barriere die Gewalt zwischen der katholischen und protestantischen Gemeinschaft mindern sollte, ist ein Symbol für Veränderung.

Im Jahr 2009 sollte eine neue Initiative, unterstützt von dem Unternehmen Groundwork NI, dem Park wieder zu einem Zustand der Normalität verhelfen. Die 280 000 GBP an Mitteln hierfür stammten von der EU, der Stadtverwaltung Belfast, dem Justizministerium von Nordirland und dem Alpha Programm. Nun sind die Tore der „Friedensmauer“ jeden Tag für mehrere Stunden geöffnet, um den Bewohnern jeder Seite zu ermöglichen, die schöne Grünanlage in ihrer Ganzheit zu genießen. Die Leiterin von Groundwork NI, Sylvia Gordon, sagte dazu: „Die Friedensmauer wurde geöffnet, sodass nun nach zwei Jahrzehnten der Trennung Schulkinder beider Gemeinschaften hier gemeinsam spielen können.“

In diesem Rahmen wurde eine Steuergruppe geschaffen, die wichtige Akteure der lokalen Gemeinschaften dazu gebracht hat, sich auf einen Ansatz und Maßnahmen zu einigen, um sowohl neue Einrichtungen im Alexandra Park zu schaffen als auch die Mauer zu öffnen.

„Wir schaffen vor allem lokale Vereinbarungen und unterstützen die Bildung langfristiger Beziehungen“, betont Gordon. „Vor der offiziellen Eröffnung wurden im Park eine Serie von Veranstaltungen organisiert, um ein Gefühl der Normalität zu vermitteln. Nach und nach findet ein Wandel an diesem umkämpften Ort statt und wir machen Fortschritte auf allen Ebenen der sozialen Integration.“

„In der Region gibt es 59 solcher ‚Friedensmauern‘, und ihre Abschaffung wird ein langer und schwieriger Prozess“, erklärt Gordon weiter. „Weitere 14 Friedensmauern sollen in den Zwischengebieten im Norden von Belfast abgeschafft werden, wo der Wunsch nach Frieden groß ist und wir die beiden Gemeinschaften wieder vereinen können.“



Die Kinder beider Gemeinschaften können nun zum ersten Mal seit 20 Jahren dank der Öffnung des Friedenstores gemeinsam im Alexandra Park spielen.

UNTEN:
Paul McErlean (links), Vorsitzender von Groundwork NI, bei der Eröffnung des Friedenstores im Alexandra Park mit dem Justizminister David Ford und der Leiterin von Groundwork NI, Sylvia Gordon.



Das Programm soll die langfristige Kooperation fördern. Das PEACE-Programm hat den Menschen geholfen, ein Gefühl der Mitbestimmung im Friedensprozess zu haben. Die involvierten Personen lernen von der Peike auf und finden selbst Lösungen.“

Als Zuschauer nahmen an der Konferenz auch zahlreiche Delegierte von anderen gespaltenen Regionen teil, die an den Lösungsansätzen interessiert waren, beispielweise aus den Balkan-Staaten, Libyen, Zypern, Israel und den palästinensischen Gebieten.

Gleichzeitig diente die Konferenz auch der Vorführung verschiedener anderer durch PEACE III finanzierte Projekte, die mithilfe von EU-Mitteln ins Leben gerufen wurden, um den Friedensprozess zu erleichtern. Diese könnten als Beispiele für andere Konfliktgebiete dienen.

Die EU – ein „ehrlicher Vermittler“

Pat Colgan, Leiter der EU-Sonderprogrammstelle (SEUPB), bestätigte, dass die EU in Nordirland einen außerordentlichen Beitrag geleistet hat, nicht nur was die zur Verfügung gestellten Mittel betrifft, sondern auch in Sachen Disziplin der gesamten Unternehmung.

„Die EU hat uns einen siebenjährigen Förderungszeitraum zugesagt, was eine entsprechende Planungssicherheit mit sich bringt“, erklärte er weiter. „Viel wichtiger, die EU ist vollkommen neutral und bevorzugt weder die eine noch die andere Seite. Beide Parteien hatten das Gefühl, sich darauf einlassen zu können. Somit konnte sich im Laufe der Zeit ein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Gemeinschaften entwickeln.“

„Die unsichtbaren Wunden des Konflikts werden lange Zeit brauchen, um zu heilen. Vertrauen und Respekt lassen sich schwer wieder aufbauen. Wir haben nun eine Post-Konflikt-Generation. Und diese Generation ist mit den Konsequenzen der Spaltung und des Konflikts konfrontiert. Daher ist es essenziell, sie zu aktiven Mitgliedern der Gesellschaft zu



„machen“, so Colgan. „Wir befinden uns nun in der Planungsphase für das Programm PEACE IV. Dieses wird sich auf lokale Partnerschaftsstrukturen konzentrieren und junge Menschen involvieren, insbesondere die aus benachteiligten Gebieten. Denn der aktuelle Frieden ist fragil. Wir haben noch viel Arbeit vor uns.“

Zentrum für Friedenskonsolidierung und Konfliktlösung

Die Menschen in Nordirland haben viele Erfahrungen in Bezug auf den Friedensprozess gesammelt, die sich andere zu Nutze machen können. Um dieses Wissen weiterzugeben, wurde ein neues Zentrum für Friedenskonsolidierung und Konfliktlösung gegründet, und zwar an dem symbolträchtigen Ort, an dem sich damals das Maze Hochsicherheitsgefängnis – auch als Long Kesh bekannt – befand. Das Zentrum wird dazu beitragen, dass die Erfahrungen, die in Nordirland gemacht wurden, weitergegeben werden, und sicherstellen, dass der Friedensprozess für künftige Generationen dokumentiert wird.

„Es ist eine Botschaft an diejenigen, die am PEACE-Programm gearbeitet haben, dass weltweit bereits Interesse an den Errungenschaften bekundet wird: in Russland, Palästina, auf dem Balkan, in Kolumbien und Südkorea. Darauf können wir stolz sein“, so Kommissar Hahn.

„Wenn Sie Beweise für funktionierenden Frieden in der EU sehen möchten, gehen Sie einfach in eine beliebige Grenzregion. Dort können Sie sie sehen, wie heute nicht nur bei Transport und Handel, sondern auch in den Bereichen Erwerbstätigkeit, Umwelt und Gesundheit von grenzübergreifenden Partnerschaften im Rahmen der EU-Regionalpolitik profitiert wird. Denn das PEACE-Programm, und das sollte man nicht vergessen, ist auch eine Initiative für grenzübergreifende Zusammenarbeit. Daher wollte ich diese Erfahrungen in Brüssel kundtun. Ich möchte erreichen, dass diese Erfolge die größtmögliche Aufmerksamkeit bekommen, erstens weil die Beteiligten Anerkennung und Dank verdienen und zweitens

▶ PEACE I (1995-1999)

15 000 PROJEKTE

GESAMTE FÖRDERUNG: 667 000 000 EUR

EU-MITTEL: 500 000 000 EUR

Bewältigung der unmittelbaren Probleme, die aus dem Konflikt hervorgegangen sind: zerstörte Gemeinschaften, Wiederaufbau, Wiederherstellung, Schaffung von starken integrationsfähigen lokalen Gemeindepартnerschaften mit gewählten Vertretern, NROs usw., Zusammenarbeit mit Opfern und Überlebenden, Wiedereingliederung von ehemaligen paramilitärischen Kräften.

▶ PEACE II (2000-2006)

7 000 PROJEKTE

GESAMTE FÖRDERUNG: 995 000 000 EUR

EU-MITTEL: 609 000 000 EUR

Nutzung der Disziplin der Strukturfonds mit starken Kontrollen, aber unter Anpassung an die Bedürfnisse einer Region, die von einem Konflikt geprägt ist. Anregung der wirtschaftlichen Erneuerung mit mehr Mitwirkung von lokalen Partnerschaftsstrukturen und lokal basierten Aktionsplänen, die alle Gesellschaftsteile erreichen und sich auf die gesamte Bevölkerung von 2,8 Millionen auswirken.

▶ PEACE III (2007-2013)

400 PROJEKTE

GESAMTE FÖRDERUNG: 333 000 000 EUR

EU-MITTEL: 225 000 000 EUR

Das strategische Paket konzentriert sich auf die Herzen und Seelen der Menschen und ist darauf ausgerichtet, langfristige gemeinschafts- und grenzübergreifende Partnerschaften mit Schwerpunkt auf kleinere, aber größere und strategischere Projekte zu fördern.

weil ich davon überzeugt bin, dass andere Teile der Welt daraus lernen können.“

„In Nordirland tragen Projekte mit dem Ziel, die Lebenseinstellung der Menschen zu ändern und ihnen zu helfen, die notwendigen beruflichen Qualifikationen zu erlangen, zum sozialen Zusammenhalt bei. Kapitalinvestitionsprojekte, wie Gemeinde- oder Geschäftszentren, haben einen klaren wirtschaftlichen Wert. Durch diese Investitionen in Human- und Sachkapital trägt das PEACE-Programm dazu bei, Nordirland von dem Konflikt wegzubringen und den Weg für Frieden und Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum zu schaffen“, betonte er.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/ireland/index_de.cfm

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/peace/index_en.cfm

▶ DIE KOHÄSIONSPOLITIK ALS SCHLÜSSELFAKTOR IN DER WIEDERBELEBUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS IN EUROPA



Die Kohäsionspolitik wird zum wichtigsten Faktor der Investitionstätigkeit der Europäischen Union. Sie wird mit den Zielen von Europa 2020 eng abgestimmt und soll für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den EU-Mitgliedstaaten sorgen sowie wirtschaftliche, soziale und territoriale Unterschiede verringern.

Das strategische Ziel der Kohäsionspolitik besteht darin, regionale Stärken zu finden und dadurch eine bessere Nutzung von nationalen und regionalen öffentlichen Mitteln zu ermöglichen. Strategische Investitionen dieser Art sind unbestritten nicht nur in den ärmeren Regionen notwendig, sondern in allen EU-Regionen, die nicht an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen wollen.

Kommende Programme müssen der neuen wirtschaftlichen Realität Rechnung tragen. Angesichts der gegenwärtigen, alles andere überlagernden Wirtschaftslage ist makroökonomische Stabilität nur über nachhaltige Haushaltskonsolidierung und strukturelle Reformen zu erreichen. Hierzu sind gezielte Wachstumsinvestitionen notwendig, die die Bemühungen

begleiten und mit den übergreifenden strukturellen und ordnungspolitischen Reformen abgestimmt werden. Die Europäische Union begegnet dieser Herausforderung mit einer Vertiefung der wirtschaftlichen Koordination, zu der die Strategie Europa 2020 und das „Europäische Semester“ gehören. Was die Strategie Europa 2020 angeht, genießt sie seit ihrer Einführung 2010 einen relativ hohen Bekanntheitsgrad. Aber was wissen Beteiligte und Betroffene über die Auswirkungen des Europäischen Semesters auf die Kohäsionspolitik?

▶ **Mit dem Europäischen Semester sollen einzelstaatliche und gemeinschaftliche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik koordiniert und somit ein Beitrag zur Bewältigung einer der schwierigsten wirtschaftlichen und sozialen Situationen der letzten 50 Jahre geleistet werden.**

Das Europäische Semester bietet den Mitgliedstaaten einen Rahmen, in dem sie ihre Wirtschafts-, Haushalts- und Struktur reformen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU und die Strategie Europa 2020 in Einklang bringen können. Ziel dabei ist, gemeinsam festzulegen, welche einzelstaatlichen und



Kommissionsmitglied Johannes Hahn beim Besuch der Swansea-Hafenanlage in Wales, Vereinigtes Königreich, mit Alun Davies, walisischer stellvertretender Minister für Landwirtschaft, Fischerei, Ernährung und Europäische Programme. In ihrem Gespräch tauschten sich beide Politiker über den Stand der Umsetzung von Maßnahmen der Kohäsionspolitik in Wales sowie über Vorschläge der Kommission für den nächsten Programmzeitraum 2014-2020 aus. Darüber hinaus besichtigten sie mehrere von der EU kofinanzierte Projekte.

gemeinschaftlichen Maßnahmen Vorrang haben sollen, um die EU wieder auf den Wachstumspfad zu bringen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Die fünf wichtigsten Meilensteine des Jahreszyklus sind folgende:

- ▶ die Europäische Kommission nimmt den Jahreswachstumsbericht an, mit dem jedes Jahr der Sechsmontatszyklus zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik gestartet wird;
- ▶ die Mitgliedstaaten legen ihre aktualisierten Reformpläne im April vor;
- ▶ die Kommission gibt ihre Beurteilungen und Empfehlungen bis Ende Mai ab;
- ▶ der Europäische Rat fasst im Juni einen Beschluss;
- ▶ die Mitgliedstaaten überprüfen und verabschieden ihre Haushaltspläne.

Mit dem 2011 eingeführten Europäischen Semester sollen einzelstaatliche und gemeinschaftliche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik koordiniert und somit ein Beitrag zur Bewältigung einer der schwierigsten wirtschaftlichen und sozialen Situationen der letzten 50 Jahre geleistet werden. Dabei geht

es um Maßnahmen zur makroökonomischen Stabilität, Sicherung einer nachhaltigen Haushaltspolitik, Stabilisierung der Finanzinstitute sowie um strukturelle und ordnungspolitische Reformen, die eine solide Grundlage für Wachstum und Beschäftigung schaffen sollen. Im Rahmen dieser jährlichen Koordinierungszyklen wird der Fortschritt der Wachstumsstrategie Europa 2020 von der Europäischen Kommission überwacht, begutachtet und mit Empfehlungen versehen. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik ist für die europäischen Regionen aus mehreren, miteinander zusammenhängenden Gründen relevant.

Es steht außer Frage, dass einige europäische Regionen und Städte weltweit führend in Bereichen wie Forschung und Entwicklung oder nachhaltiges Wachstum sind und die umfassendsten und fortschrittlichsten Sozialfürsorgesystemen besitzen. Dennoch darf keine Region diese Erfolge für selbstverständlich halten. Erfolgreiche Systeme können mit der Zeit verkommen, insbesondere in der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Wer seine Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten und Arbeitsplätze schaffen möchte, braucht Strukturreformen und Innovationen.

▶ Angesichts der unterschiedlichen territorialen Verhältnisse müssen sich Städte und Regionen über die Mitgliedstaaten Gehör verschaffen.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftslage wirkt sich sehr unterschiedlich auf die Städte und Regionen Europas aus. Zwischen zwei beliebigen Regionen können zum Teil erhebliche Abweichungen bestehen. Vor dem Hintergrund dieser territorialen und institutionellen Struktur benötigt die EU die Hilfe der Mitgliedstaaten, um die wichtige Aufgabe der Koordinierung der Wirtschaftspolitik erfüllen zu können. Angesichts der unterschiedlichen territorialen Verhältnisse müssen Städte und Regionen die politische und Koordinierungskapazität der Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen, um sich Gehör zu verschaffen. Seit Einführung der Strategie Europa 2020 fordert die Kommission die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Städte und Regionen zu mobilisieren.

▶ Intelligente, nachhaltige und integrative Investitionen sind die beste Methode, um die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede zu verringern.

Die Kommission ist sich der Tatsache bewusst, dass sich der Erfolg auf diesem Bereich nicht überall eingestellt hat. Dabei können aufeinander abgestimmte, gezielte Investitionen, die mit anderen Wirtschaftsmaßnahmen koordiniert werden, einen Beitrag zur Wachstumsstrategie Europa 2020 leisten. Intelligente, nachhaltige und integrative Investitionen im Rahmen von nationalen und regionalen Programmen stellen eine überaus wirksame und pragmatische Methode dar, um das Strategieziel der Verringerung von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschieden zu verwirklichen. Die Kohäsionspolitik ist dabei eine wichtige und stabile Quelle für Investitionen zur Bekämpfung der genannten Ungleichgewichte (siehe Kasten auf S. 10).

Eine solide Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand ist eine wichtige Voraussetzung – und sogar eine Triebkraft – für ▶▶

▶▶ Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Aus diesem Grund ist die Investitionspolitik ein integrativer Bestandteil des oben erwähnten politischen Instrumentariums. Ein stabiles makroökonomisches Klima ist das Fundament jeder privaten Investitionstätigkeit. Langfristige öffentliche Investitionen sind wiederum nur auf der Grundlage einer nachhaltigen Haushaltspolitik möglich. Um den Erfolg der öffentlichen Investitionspolitik zu gewährleisten, müssen die einzelnen Investitionen mit den nationalen Marktvorschriften und dem ordnungspolitischen Rahmen im Einklang stehen. Die Kommission ist davon überzeugt, dass die europäischen Städte und Regionen mit ihrer Wirtschafts- und Investitionspolitik Wachstum und

Beschäftigung fördern können. In den letzten Jahren hat die Kohäsionspolitik außerdem gezeigt, wie die Investitionstätigkeit an das veränderte Wirtschafts- und Nachfrageumfeld angepasst werden können (siehe Kasten auf S. 11).

▶ 2013 wird ein wichtiges Jahr für die Kohäsionspolitik.

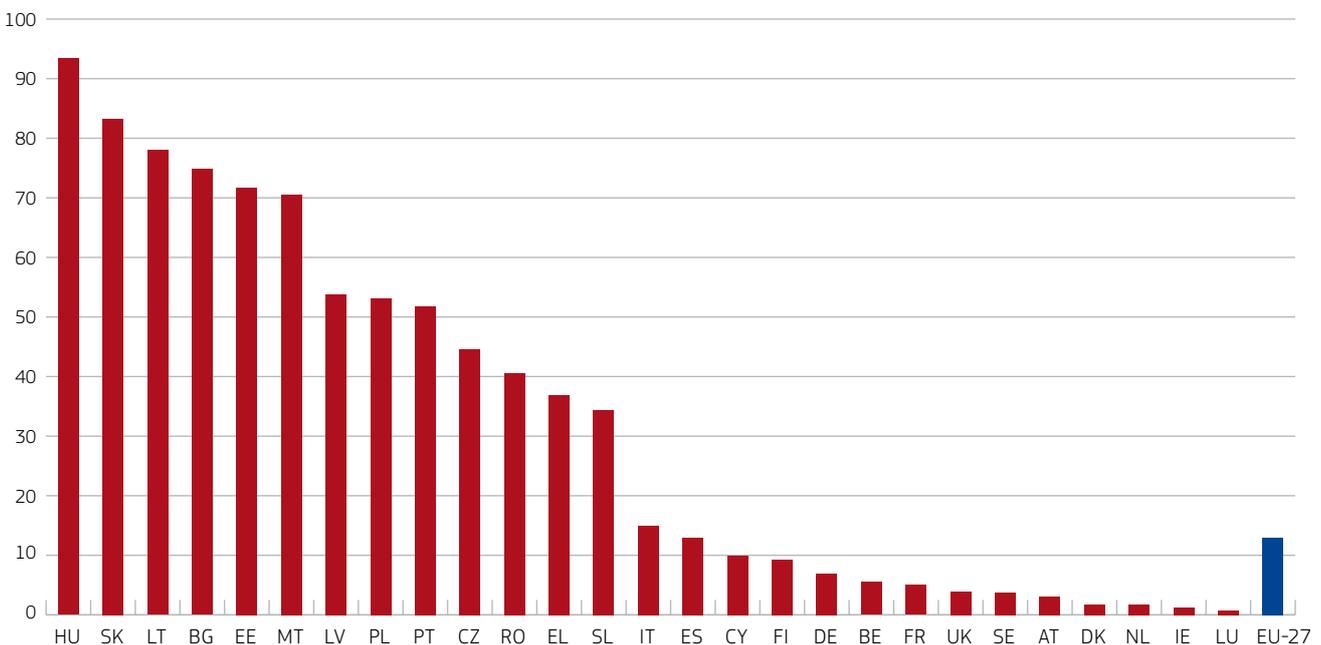
2013 wird ein wichtiges Jahr für die Kohäsionspolitik, weil die Mitgliedstaaten ihre Investitionsplanung in Form von Partnerschaftsvereinbarungen für den Zeitraum 2014-2020 vorlegen müssen. Bei der Gestaltung der Vereinbarungen müssen die

DIE WIRKUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK ALS MITTEL DER ÖFFENTLICHEN INVESTITION

Die Investitionen der Kohäsionspolitik haben einen Umfang von jährlich 65 Mrd. EUR (dazu gehören rein gemeinschaftliche sowie von den Mitgliedstaaten mitfinanzierte Vorhaben). In zahlreichen Mitgliedstaaten macht die Kohäsionspolitik 50% der öffentlichen Investitionen aus. Investitionen dieser Größenordnung haben naturgemäß einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft der EU. Das BIP der 12 Mitgliedstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind, wird zwischen 2007 und 2016 – also parallel zur Umsetzung der gegenwärtigen Kohäsionsprogramme – eine jährliche Wachstumsrate von ca. 1,5% aufweisen. Dabei besteht die Wirkung der Kohäsionspolitik nicht nur in der Kurzfristigkeit der Ergebnisse der jeweiligen Programme, sondern auch in den langfristig strukturellen Veränderungen, die der europäischen Wirtschaft zugutekommen. Zu diesem Prozess sollen die Regionen dadurch beitragen, dass sie strategische Prioritäten klar definieren, die eigenen Stärken hervorheben, Innovationshürden beseitigen und das lokale Innovationspotenzial ausschöpfen.

Die jüngsten Daten aus den Mitgliedstaaten beweisen, dass die Kohäsionspolitik des gegenwärtigen Zeitraums im Jahre 2011 erste bedeutende Ergebnisse zeitigte. Netto wurden in diesem Jahr 190000 Stellen im Rahmen von Projekten mit Finanzierung aus EFRE-/Kohäsionsfondsmitteln geschaffen. Insgesamt sind damit in den gegenwärtigen Programmen 400000 Stellen entstanden. Außerdem wurden 2011 27000 Firmenneugründungen unterstützt, was die Gesamtzahl im Rahmen aller Programme auf 53000 hebt. In Kombination mit der Kofinanzierung der Mitgliedstaaten macht die Kohäsionspolitik einen Großteil der öffentlichen Investitionen in Europa und über die Hälfte aller öffentlichen Investitionen in mehreren Mitgliedstaaten aus. In einer Zeit notwendiger Haushaltskonsolidierung leistet die Kohäsionspolitik damit einen erheblichen Beitrag zum künftigen Wohlstand Europas sowie zur Verwirklichung der Ziele von Europa 2020.

▶ Anteil der Kohäsionspolitik (EU und Einzelstaaten) an der Gesamtheit der öffentlichen Investitionen (Durchschnitt der Jahre 2009-2011)



Mitgliedstaaten darauf achten, dass die langfristigen Investitionszielen mit ihren nationalen Reformprogrammen im Einklang stehen. Außerdem müssen die Ziele von Europa 2020 sowie die länderspezifischen Empfehlungen, die die Europäische Kommission dieses Jahr abgeben wird, berücksichtigt werden.

Die Kommission spielt eine wichtige Rolle bei der Überwachung und der Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erkennung der größten Hürden. Zusammen mit den Mitgliedstaaten sorgt die Kommission dafür, dass die Volkswirtschaften der EU gezielt investieren und sich dabei auf Wachstum konzentrieren. Dabei ist es wichtig, dass eventuelle Probleme vorausgesehen und lokale wie regionale Kompetenzen erkannt werden. Im nächsten Programmzeitraum sollen Partnerschaftsvereinbarungen und operationelle Programme einer Logik der territorialen Intervention folgen, d. h. eventuelle Herausforderungen und das Potenzial der Gebiete bilden die Grundlage für die Festlegung der Prioritäten und die Gestaltung der Investitionen.

Wie erfolgreich die Vorschläge der Kommission für die Reform der Kohäsionspolitik tatsächlich sein werden, hängt primär von der Umsetzung der Vorschläge in konkrete Maßnahmen ab. Genau an dieser Stelle kommt den Partnern in den Einzelstaaten eine Schlüsselrolle zu, denn es sind nämlich sie – insbesondere lokale und regionale Behörden –, die durch ihre Nähe zum tatsächlichen Geschehen Verantwortung für das Gelingen der Umsetzung übernehmen können. In ihrer strategisch günstigen Lage kennen sie nicht nur die Bedürfnisse des jeweiligen Gebiets, sondern auch die Mittel, um diese Bedürfnisse zu befriedigen.

► **Lokale und regionale Behörden können durch ihre Nähe zum tatsächlichen Geschehen Verantwortung für das Gelingen der Umsetzung übernehmen.**

Ein wichtiges Merkmal der Kohäsionspolitik 2014-2020 wird die gezielte Behandlung einer kleinen Anzahl Investitionsbereiche sein. Mit diesem Ansatz soll ein großer Schritt in Richtung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums getan werden. Dabei sollen Innovationen und KMU unterstützt und Themen wie Klimawandel, Energie und Umwelt sowie Beschäftigung in Angriff genommen werden.

Diese „thematische Konzentration“ hat zum Ziel, den Mehrwert der europäischen Investitionen als Ganzes zu maximieren. Dafür wird eine Liste globaler Prioritäten definiert, ohne dabei auf die Flexibilität zu verzichten, die für die Berücksichtigung der konkreten Bedürfnisse und Probleme der einzelnen Regionen erforderlich ist. Eine derartige Schwerpunktsetzung bei der Finanzmittelvergabe führt zu einer höheren Ergebnisorientierung, liefert nachvollziehbare Gründe für öffentliche Investitionen und ermöglicht eine zuverlässigere Berichterstattung über Ausgaben und erzielte Ergebnisse. Darüber hinaus wird damit ein Leistungsmaßstab angelegt und dafür gesorgt, dass erfolgreiche Programme belohnt und weiter unterstützt werden.

(1) http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm

(2) http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-your-country/index_de.htm

THEMATISCHE NEUAUSRICHTUNG

Dass die Kohäsionspolitik flexibel ist, erkennt man daran, dass Investitionsziele dynamisch und bedarfsorientiert geändert bzw. neu ausgerichtet werden können.

Verhältnismäßig fanden die umfangreichsten Neuausrichtungen in Irland (42%), Malta (24%), Portugal (24%), Bulgarien (12,5%) Spanien (12,2%) und Litauen (11,3%) statt.

Das Nettoergebnis der Neuausrichtung besteht bislang in einer Erhöhung der Investitionen in Innovation und FTE, Arbeitsmarkt (einschließlich des Jugendarbeitsmarkts), allgemeine Unterstützung von Unternehmen, Straßenbau sowie in kulturelle und soziale Infrastruktur.

Neuausrichtung mit Blick auf die Jugend und KMU

Seit Anfang 2012 haben mindestens zwölf Mitgliedstaaten bedeutende Geldmittel aus operationellen Programmen des EFRE und oder ESF umverteilt, um Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit von Arbeitssuchenden zu verbessern, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und mehr Unterstützung für KMU zur Verfügung zu stellen.

In den acht Mitgliedstaaten der „Barroso-Initiative“ werden voraussichtlich mindestens 625 000 junge Arbeitssuchende (Oktober 2012) von dieser Umschichtung profitieren. Die Teams und bilateralen Gespräche zur Förderung der Jugend haben auch zahlreiche Mitgliedstaaten dazu veranlasst, umfangreiche beschäftigungsfördernde Initiativen und Beschäftigungspläne für junge Arbeitssuchende zu erarbeiten sowie Bildungs- und Arbeitsqualifikationsprogramme zu entwickeln.

Im Zeitraum 2007-2013 stellt die Kohäsionspolitik die größte gemeinschaftliche Quelle zur Förderung von KMU dar. Über 25 Mrd. EUR aus dem EFRE wurden der Unterstützung von KMU gewidmet. Hinzu kommt, dass ein Großteil der 27 Mrd. EUR, die für allgemeine Unterstützung von Unternehmen ausgegeben werden, auch den KMU zugute kommen. Die Aktionsteams haben zahlreiche Maßnahmen zur Erhöhung bzw. Beschleunigung der EFRE-Unterstützung für KMU veranlasst. Das Ergebnis: Voraussichtlich weitere 56 000 werden von der Hilfe profitieren.

Das informelle Verfahren zur Vorbereitung künftiger Programme hat begonnen. Grundlage dafür sind Positionspapiere⁽¹⁾ der Kommission sowie die länderspezifischen Empfehlungen von 2012 und die Analyse der Arbeitsdokumente der Kommissionsdienststellen⁽²⁾. Der Koordinationsprozess wird 2013 weiter vertieft, damit künftige Programme einen bedeutenden Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in unseren Regionen und Mitgliedstaaten leisten können.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/what/europe2020/index_de.cfm

► VERLEIHUNG DER REGIOSTARS 2013 ENTHÜLLT MEHR INNOVATIVE PROJEKTE IN DEN REGIONEN

Am 31. Januar 2013 fand in Brüssel die Verleihung der RegioStars 2013 statt, bei der eine Jury fünf Sieger-Projekte in den folgenden Kategorien auszeichnete: intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum, integratives Wachstum, CityStar sowie Information & Kommunikation.

Die RegioStars, die in diesem Jahr zum sechsten Mal verliehen wurden, haben deutlich an Bedeutung hinzugewonnen. Die Einreichungen haben alle bisherigen Rekorde gebrochen, und die vorgestellten Innovationen und kreativen Ideen waren beeindruckend. Bei der Auszeichnung werden innovative Projekte geehrt, die seit Januar 2000 durch die EU-Regionalpolitik finanziell unterstützt wurden und zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen beitragen.

Die Auszeichnungen wurden von Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, und Luc van den Brande, Vorsitzender der RegioStars-Jury und ehemaliger Präsident des Ausschusses der Regionen, vergeben.

► MEHR DAZU

RegioStars 2013:
[http://ec.europa.eu/regional_policy/
cooperate/regions_for_economic_change/
regiostars_13_en.cfm?exp=6](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/regiostars_13_en.cfm?exp=6)

▷ INSPIRATION FÜR EUROPAS REGIONEN

LUC VAN DEN BRANDE,
VORSITZENDER DER
REGIOSTARS-JURY,
SCHAUT AUF SECHS
JAHRE REGIOSTARS
ZURÜCK



RegioStars ist einer der konkurrenzstärksten und wichtigsten Wettbewerbe, in denen unsere Regionen sich mit ihren Erfolgen profilieren und ihre Initiativen mit anderen messen können. Die Verleihung dient dazu, das individuelle Engagement der Menschen für die innovative Entwicklung ihrer Region und der Europäischen Union anzuerkennen.

500 Projekte in 6 Jahren

In den letzten sechs Jahren wurden 500 Projekte aus allen Mitgliedstaaten nominiert. 160 Projekte davon kamen in die engere Auswahl und 31 wurden geehrt. Auch die Projekte in diesem Jahr haben sich durch höchste Qualität und einen exzellenten innovativen Charakter beim Umgang mit den spezifischen Situationen in den jeweiligen Regionen ausgezeichnet.

Viel wichtiger, im Rahmen dieser Projekte sind starke Partnerschaften entstanden. Es wurde zunächst mit EFRE-/ESF-Fördermitteln und dann mit eigenen Ressourcen gearbeitet bis die Projekte auf eigenen Beinen stehen und konkrete Ergebnisse liefern konnten.

Die Siegerprojekte zeichnen sich durch vier Kernfaktoren aus: Innovation, Einfluss, Nachhaltigkeit und Partnerschaft mit besonderem Augenmerk auf Kommunikation.

In Bezug auf ihre Ziele sind die Projekte multidimensional. Sie sind ebenfalls mehrstufig und haben engagierte Partner, die zusammenarbeiten, um ihre Regionen nach vorne zu bringen.

Internationale Vorzeigeprojekte für vorbildliche Praktiken

RegioStars wurde vor sechs Jahren als ein Forum geschaffen, in dem vorbildliche Praktiken zur Schau gestellt und international geteilt werden können. In der Vergangenheit war es häufig so, dass die Bekanntheit erfolgreicher lokaler und regionaler Initiativen, die durch den Struktur- oder Kohäsionsfonds mitfinanziert wurden, örtlich beschränkt blieb.

Nun können sie als Inspiration für andere Regionen dienen, die diese vorbildlichen Praktiken übernehmen und bei Bedarf an ihre lokalen Gegebenheiten anpassen können.

„**Der RegioStars-Wettbewerb lässt innovative Projekte Wirklichkeit werden und eröffnet neue Gelegenheiten für vielversprechende kreative Initiativen auf regionaler Ebene in ganz Europa.**“

Luc van den Brande, Vorsitzender der RegioStars-Jury

Chancen für Kreativität

Der RegioStars-Wettbewerb lässt innovative Projekte Wirklichkeit werden und eröffnet neue Gelegenheiten für vielversprechende kreative Initiativen auf regionaler Ebene in ganz Europa. Durch ihren Erfolg sind diese Projekte der perfekte Beweis dafür, dass die Kohäsionspolitik zur sozialen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung in der Europäischen Union beiträgt.



INTELLIGENTES WACHSTUM
VERBINDUNG DER UNIVERSITÄTEN
MIT REGIONALEM WACHSTUM
FÖRDERUNG VON WISSENSBASIERTEM
WACHSTUM IN PORTO



Das *UPTEC Science and Technology Park*-Projekt aus Porto bringt wissenschaftliche Lehre und Wirtschaft in einer dynamischen und innovationsorientierten Umgebung zusammen und begünstigt einen *Wissens- und Technologietransfer*. Der Park in Portugals Region Norte

beheimatet 110 Unternehmen (davon 95 Start-ups), beschäftigt etwa 800 Fachkräfte und ist ein Schlüsselement für die Gewinnung von ausländischen Direktinvestitionen in die Region. Von Film und Fernsehen über Energieeffizienz bis hin zu Seefahrtstechnologie sind hier ganz unterschiedliche Geschäftsfelder vertreten, wodurch UPTEC einen wertvollen Beitrag dazu leistet, die Abhängigkeit der Region von ihren traditionell technologisch einfachen Branchen zu verringern.

► Mehr dazu: www.uptec.up.pt

NACHHALTIGES WACHSTUM
FÖRDERUNG DER
RESSOURCENEFFIZIENZ BEI KMU
UNTERNEHMENSBERATUNG ZU
UMWELTHEMEN UND KOSTENVORTEILEN

Das *Resource Efficiency Support*-Projekt von ENWORKS im Nordwesten von England bietet Unternehmen mit einem Netzwerk an lokalen Organisationen, das es zusammengebracht hat, professionellen Rat und Unterstützung zum Thema Umweltschutz. Durch Experten-Unterstützung vor Ort, Online-Tools und Wissens- und Kompetenztransfer

unterstützt ENWORKS Kleinunternehmen dabei, ihre Ressourceneffizienz zu steigern, Betriebskosten zu senken und wettbewerbsfähiger zu werden und gleichzeitig ihre



Umweltrisikoaussatzung, z. B. in Bezug auf Rohstoffpreisvolatilität, zu reduzieren. Im Rahmen seiner letzten beiden Projekte hat ENWORKS über 4 000 KMU intensive Unterstützung bereitgestellt und ihnen ermöglicht, pro Jahr etwa 85 Mio. GBP zu sparen. Durch diese Verbesserungen konnten bis heute ökologische Vorteile im Umfang von 75 800 Tonnen CO₂-Emissionen, 646 000 m³ Wasser und 10 700 Tonnen Material eingespart werden.

► Mehr dazu: www.enworks.com

INTEGRATIVES WACHSTUM
SOZIALE INNOVATION: KREATIVE ANTWORTEN
AUF SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN

WIEDEREINGLIEDERUNG VON LANGZEITARBEITSLOSEN

Das *Individual Employment Paths*-Projekt dient der Reduzierung der Anzahl an Langzeitarbeitslosen über 45 Jahre in der polnischen Woiwodschaft Ermeland-Masuren. Dabei wurde ein vorhandenes kreatives finnisches Modell an den polnischen Kontext angepasst, um Menschen zu helfen, Hindernisse wie Gesundheitsprobleme, Alter oder Behinderungen zu überwinden und wieder Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Der Ansatz beinhaltet eine allgemeine Evaluierung der einzelnen Personen sowie langfristige und spezifische Rehabilitations- und Coaching-Maßnahmen,





psychologische Betreuung und Vermittlung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Ergebnisse waren sehr vielversprechend: Von den 32 Teilnehmern haben 80% eine Arbeitsstelle gefunden, davon wiederum waren 90% nach 15 Monaten immer noch angestellt. Nun wird das Programm der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstelle Polens auch auf andere Bereiche angewandt.

► Mehr dazu: www.erkon.elblag.com.pl

CITYSTAR INTEGRIERTE ANSÄTZE EINER NACHHALTIGEN STADTENTWICKLUNG NEUBELEBUNG BENACHTEILIGTER BERLINER QUARTIERE

Beim Berliner *Quartiersmanagement*-Projekt handelt es sich um ein 1999 von den städtischen Behörden Berlins gestartetes Projekt, dessen Ziel die Neubelebung sozial benachteiligter Quartiere ist. Das Projekt arbeitet in Quartieren mit Problemen wie der Vernachlässigung öffentlicher und



Grünflächen, Herausforderungen der ethnischen Integration und hoher Jugendarbeitslosigkeit. Es bindet dabei Akteure aus dem Quartier mit ein und beteiligt sie am demokratischen Entscheidungsfindungsprozess. Es wurden Quartiersräte eingerichtet, um die Bewohner zu ermutigen, die Verantwortung für die Verbesserung der Lebensumstände zu übernehmen, und ihnen zu ermöglichen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Zu den durchgeführten Aktionen zählen die Unterstützung für Schulen, die Renovierung von öffentlichen Einrichtungen und die Förderung einer gemeinsamen Kultur in den Quartieren. Das Projekt bietet heute auch Unterstützung bei beruflichen

Angewandten und konzentriert sich auf die soziale und ethnische Integration – insbesondere in Quartieren mit einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund (in einigen Fällen bis zu 79%).

Angewandten und konzentriert sich auf die soziale und ethnische Integration – insbesondere in Quartieren mit einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund (in einigen Fällen bis zu 79%).

► Mehr dazu: www.quartiersmanagement-berlin.de

INFORMATION UND KOMMUNIKATION WERBUNG FÜR DIE EU- REGIONALPOLITIK MIT KURZVIDEOS DIE WAHRNEHMUNG VON HÖRBEHINDERUNGEN ÄNDERN

Das *Towards Work*-Projekt hat Menschen mit einer Hörbehinderung in Litauen geholfen, eine Arbeitsstelle zu finden. Zu den Zielen der Initiative gehörten die Bekämpfung von Vorurteilen und die Hinterfragung traditioneller Meinungen über hochgradig schwerhörige Personen sowie die Hervorhebung des Potentials dieser Menschen für den Beschäftigungsmarkt. Im Rahmen des Projekts wurde eine videobasierte Kampagne bestehend aus einer Reihe von Kurzvideos für Fernsehen und Internet umgesetzt, um die Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu verändern. Besonders ausgebildete Stellenvermittler halfen in Pilotjobzentren Menschen mit einer Hörbehinderung dabei, einen passenden Arbeitsplatz zu finden und bei Bedarf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu vermitteln. Von den über 600 hörbehinderten Menschen, die sich aktiv an den Maßnahmen beteiligten, konnten mehr als 400 in Beschäftigung gebracht werden.



► Mehr dazu: www.esparama.lt/regiostars

▶ PROJEKTDATENBANK FÜR STADTENTWICKLUNG FÜR DEN POLITISCHEN LERNPROZESS

Städte spielen eine ausschlaggebende Rolle bei der Erreichung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum. Sie sind Motor der Wirtschaft, Orte der Zusammenkunft, Triebkraft von Kreativität und Innovation sowie Versorgungszentren für die umliegenden Gebiete. Doch Städte haben auch negative Seiten: Sie sind häufig von Problemen wie Arbeitslosigkeit, Lärm und Umweltverschmutzung, Segregation und Armut am stärksten betroffen. Die Europäische Kommission wird mit ihnen zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Vision für die Städte von morgen zu verwirklichen: für einen Ort des weitreichenden sozialen Fortschritts, mit einem hohen Maß an sozialem Zusammenhalt, einer Plattform für Demokratie, kulturellen Dialog und Vielfalt, einem Ort der grünen, ökologischen, umweltbewussten Erneuerung, einem Ort mit einem Wachstumsmotor.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt seit langem Städte darin, verschiedenste charakteristische Herausforderungen zu bewältigen, und das anhand von Kernzielen wie die Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands, die Förderung von Gleichstellung, die Verbesserung der städtischen Gemeinschaft und die Leistung eines Beitrags zu guter städtischer Führung in größeren und kleineren Städten. Da sich die verschiedenen Dimensionen des städtischen Lebens überschneiden, kann eine erfolgreiche Stadtentwicklung nur im Rahmen eines integrativen Ansatzes erreicht werden, der Synergieeffekte sowie eine Koordination und Komplementarität der Projekte ermöglicht und sich überschneidende oder manchmal auch widersprüchliche Ergebnisse auf ein Minimum reduziert. Maßnahmen zur Stadtsanierung sollten mit Maßnahmen zur Förderung von Bildung, wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Integration und Umweltschutz usw. verbunden werden. Eine weitere Voraussetzung für einen erfolgreichen integrativen Ansatz ist die Entwicklung enger Partnerschaften zwischen den betroffenen Bürgern, der Zivilgesellschaft und den verschiedenen Regierungsebenen.

Die Europäische Kommission hat kürzlich eine Studie darüber veröffentlicht, wie Stadtverwaltungen den EFRE nutzen, um ihre Städte zu einem besseren Ort zum Leben und zum Arbeiten zu machen. „Urban development in the EU“ (Stadtentwicklung in der EU) präsentiert 50 Projekte aus acht

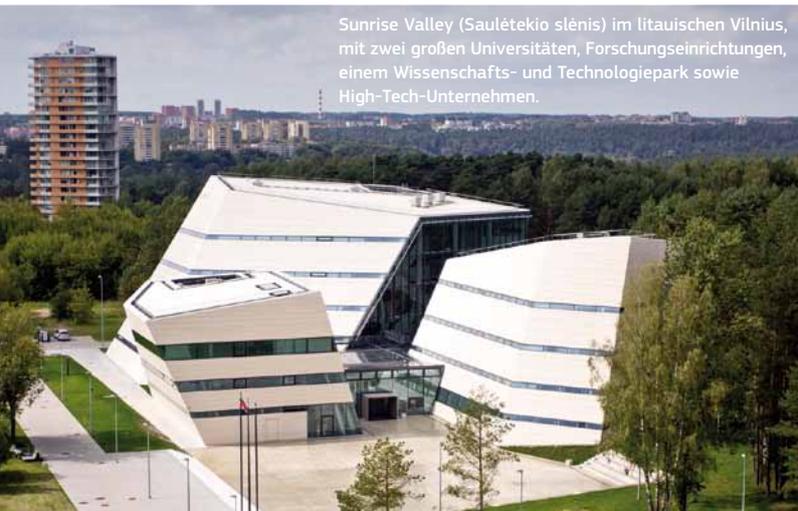
Themenbereichen, die mit EFRE-Mitteln finanziert wurden. Für jede Stadt wurden drei Arten von Dokumenten vorbereitet: eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen, eine sechs- bis achtseitige einfach zu verstehende Fallstudie und eine ausführliche analytische Ausarbeitung für Fachleser mit detaillierten Informationen zum Projekt. Ziel dieser Studie war die Erstellung einer umfassenden Datenbank mit verschiedenen urbanen Fallbeispielen, um eine möglichst breitgefächerte Sammlung an Maßnahmen für die Förderung der Stadtentwicklung zur Verfügung zu stellen. Die Kommission erhofft sich, dass diese Datenbank Städten, Verwaltungsbehörden und anderen Institutionen, die an Stadtentwicklung interessiert sind, als Informationsquelle dienen wird. Der Zeitpunkt ist angesichts der soeben begonnenen Vorbereitung des Programmzeitraums 2014–2020 hervorragend. Denn die Europäische Kommission plant darin, den integrativen Ansatz für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu verstärken, indem sie jeden Mitgliedstaat auffordert, mindestens 5% der EFRE-Förderung für Stadtentwicklungszwecke bereitzustellen.

Diese Studie stellt keine Evaluierung der städtischen Dimension bei der Kohäsionspolitik dar, sondern vielmehr einen aktuellen Bericht über den Umgang ausgewählter Städte mit den zwischen 2007 und 2013 vom EFRE finanzierten städtepolitischen Maßnahmen. Bei den ausgewählten Fällen handelt es sich nicht zwingend um die besten oder auf Mitgliedstaats- bzw. EU-Ebene besonders repräsentative Fälle. Diese sind vielmehr nur teilweise positiv zu bewerten, was bei praktischen Umsetzungen durchaus normal ist. In den Fallstudien sind interessante Ideen, Problemlösungsstrategien und Methoden der Zusammenarbeit zu finden. Diese Erfahrungen können dazu beitragen, dass neue Denkansätze entwickelt und institutionelle Lernprozesse in anderen Zusammenhängen und Situationen angeregt werden, sodass die Entwicklung der öffentlichen Politik in eine fairere und sozialräumlicher orientierte Richtung gehen kann.

Einer der motivierendsten Faktoren ist die variable Geometrie vorhandener Strategien, die durch die Anwendung integrierter Ansätze urbane und territoriale Kohäsion erreichen. Im Mittelpunkt zahlreicher Methoden stehen gebietsorientierte Maßnahmen insbesondere in benachteiligten Gebieten. Grund hierfür sind soziale, wirtschaftliche und ökologische Faktoren. Die physische Sanierung ist weiterhin ein ▶▶



Sanierung des alten Gefängnisses von Le Murate im historischen Zentrum von Florenz, Italien.



Sunrise Valley (Saulėtekio slėnis) im litauischen Vilnius, mit zwei großen Universitäten, Forschungseinrichtungen, einem Wissenschafts- und Technologiepark sowie High-Tech-Unternehmen.



Das Quartierbildungszentrum Robinsbalje in Bremen, Deutschland.

► INTELLIGENTES WACHSTUM

Zahlreiche Städte versuchen sich durch die Bereitstellung von physischem Arbeitsraum im kulturellen, technologischen Bereich sowie für Forschung und Entwicklung neu zu positionieren. Es sollte jedoch vermieden werden, dass sich alle Städte nach demselben Muster entwickeln und somit Ressourcen verschwendet werden. Projekte für intelligentes Wachstum können im Immobilien- und Technologiebereich sowie hinsichtlich sonstiger Maßnahmen künstliche Anreize schaffen, die den tatsächlichen Bedarf an High-Tech-Räumen nicht decken. Bei der Umsetzung von Projekten für intelligentes Wachstum sollte eine intelligente Spezialisierung stattfinden, wobei eine ortsbezogene Strategie zur Differenzierung eines Gebiets von den Wettbewerbern mit der Entwicklung eines Innovationssystems kombiniert werden sollte. Daher ist es erforderlich, die regionalen Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung und die intelligenten Wachstumsstrategien der wichtigsten städtischen Zentren aufeinander abzustimmen.

► NACHHALTIGES WACHSTUM

Strategien für nachhaltiges Wachstum beinhalten die Veränderung der Entwicklung in Richtung eines Modells, bei dem weniger Ressourcen zur Erreichung eines höheren Wachstums eingesetzt werden. Typischerweise konzentrieren sich Städte auf die Umnutzung von Brachflächen oder auf die Unterstützung des Übergangs in ein kohlenstoffreies Energiesystem. Mit der Umnutzung von Brachflächen wird dazu beigetragen, dass Städte kompakt gehalten werden und gezeigt, dass Land eine begrenzte Ressource ist, die umgenutzt oder wiederverwendet werden kann. Die Entwicklung hin zu klimaneutralen Städten und die umfassende Schaffung von

energieeffizienten Wohn- und Geschäftsgebäuden erfordern nicht nur einen hohen politischen Einsatz, sondern müssen zudem durch Sensibilisierungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau gestützt werden. Auch in Projekten für nachhaltiges Wachstum zeigt sich die hohe Bedeutung einer Mehrebenen-Governance. Bei Maßnahmen, die sich durch eine hohe Komplexität auszeichnen oder auf mehreren Ebenen stattfinden, entwickeln sich in der Zusammenarbeit der Akteure häufig komplexe Muster.

► INTEGRATIVES WACHSTUM

Jedes Wachstum, unabhängig davon, ob dieses ökonomisch oder sozial nachhaltig ist, muss integrativ sein, um alle Teile der Gesellschaft zu erreichen. Eine fundamentale Voraussetzung zur Erreichung eines integrativen Wachstums ist die Durchführung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, um Ungleichheiten zwischen Mitgliedstaaten und innerhalb der EU zu reduzieren. EFRE und ESF sollten Hand in Hand arbeiten, um Bildungs- und Weiterbildungssysteme zu modernisieren sowie die Schulabschleuquoten zu reduzieren und außerdem in Infrastrukturen im kommunalen, sozialen, Bildungs- und Gesundheitsbereich investieren. Ziel ist es hierbei, die Gemeinden zu stärken und den Zugang zu Dienstleistungen zu verbessern. Die wichtigsten Zielgruppen für ein integratives Wachstum sind häufig schwer erreichbare Gesellschaftsgruppen mit besonderen Bedürfnissen. Deren Lebensbedingungen können zum Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben führen. Für Menschen, die Minderheiten angehören – so z. B. Roma, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderungen – sind die Schranken für eine aktive Teilnahme am Gemeindeleben noch höher.

►INTELLIGENTES WACHSTUM IN WIEN

Ein Gründerzentrum für Start-ups und wachsende KMU

Auch mit geringen Mitteln lässt sich viel erreichen. Das in Wien beheimatete Projekt „Mingo“ ist mit einem Budget von 3 Mio. EUR ausgestattet, das zur Hälfte vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen wird. Mingo ist der Beweis dafür, dass auch Klein- und Kleinunternehmen zum intelligenten Wachstum in Europa beitragen können. Jungen Unternehmen zum Erfolg verhelfen und die Innovationsfähigkeit etablierter Unternehmen erhalten – das sind die beiden Themen, denen sich das Projekt verschrieben hat. Heute bietet das Projekt auch ausführliche Existenzgründungsberatungen, Coaching für kleine Unternehmen, Gelegenheiten zur Vernetzung und die Verleihung von Preisen für innovative Geschäftsideen, mehrsprachige Dienstleistungen für Migranten sowie ein Nachbarschaftsprogramm für Stadtteilmarketing und die Modernisierung lokaler Verbrauchermärkte. Und natürlich werden bei Mingo auch weiterhin Büroräume vermietet.



►MEHR DAZU
www.mingo.at



►GRÜNES WACHSTUM IN GENT

Reduzierung von Energieverbrauch in Wohn- und Geschäftsgebäuden im Stadtzentrum

In Gent existiert eine lange Tradition des Umweltaktivismus, daher ist es nicht verwunderlich, dass dies die erste belgische Stadt ist, die einen eigenen lokalen Klimaplan einführt. Der Umweltservice von Gent startete eine außergewöhnliche Initiative zur Reduzierung des Energieverbrauchs in Wohn- und Geschäftsgebäuden in der Innenstadt. Auf Basis einer steigenden Anzahl von Anfragen für Beratungen zu Niedrigenergie-Sanierungen durch Immobilien-eigentümer und Mieter wurde ein Programm entwickelt, in dem die Angebote von Bauunternehmen an die Bedürfnisse der Eigentümer und Mieter angepasst wurde. Designer, Bauunternehmer und Unternehmen aus anderen Branchen werden dazu motiviert, technisch und materiell innovative sowie erschwingliche Lösungen zu entwickeln, um den Energieverbrauch in Wohnhäusern zu senken. Das Projekt enthält ein starkes integrationsförderndes Element, da sich die Stadt insbesondere auf benachteiligte Haushalte konzentriert und ein umfassendes Paket aus Beratung, Unterstützung und Begleitung für ein nachhaltigeres Leben anbietet.

►MEHR DAZU
www.milieuadvieswinkel.be/

►INTEGRATIVES WACHSTUM IN TERRASSA

Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund und Zusammenhalt in einem Stadtteil

Mit dem Plan für „Distrito 2“ (Distrikt 2) der Stadt Terrassa wurde eine steigende soziale Integration erreicht – in einem Viertel, in dem durch einen starken Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund ein hohes Konfliktpotenzial und eine Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung bestanden. Das Nachbarschaftsrecht der Regionalregierung (Generalitat de Catalunya) stellte Rahmen und Instrument für die Sanierung des Stadtviertels dar. Der vom regionalen Städte-sanierungsprogramm unterstützte Plan vereinte integrative soziale Maßnahmen mit Stadterneuerungsprojekten in einem einzigen Transformationsprozess. Man erreichte eine stärkere Anbindung des Viertels an die restliche Stadt sowie eine Verbesserung ihres Rufes als spannungs- und konfliktgeladener Stadtteil. Der Plan wurde unter hoher Bürgerbeteiligung durchgeführt, wobei ein übergreifendes Konzept zwischen verschiedenen kommunalen Institutionen verfolgt wurde.



►MEHR DAZU
www.terrassa.cat



► INTEGRATIVES WACHSTUM UND INTEGRIERTE ANSÄTZE ZUR STADTENTWICKLUNG

Die Sanierung eines benachteiligten Stadtgebietes in Budapest durch Investitionen in Wohngebäude

Das im Viertel Magdolna umgesetzte Projekt stellt das erste integrative, sozial sensible Sanierungsprojekt Ungarns dar. Hierbei sollten in einem der am stärksten benachteiligten Stadtviertel von Budapest sowohl die Wohn- und Lebensbedingungen verbessert als auch die Bindung der Bewohner zu ihrer Stadt gestärkt werden. Die Investitionen in „harte“ Infrastruktur wurden von zahlreichen Projekten in „weichen“ Bereichen begleitet, wobei die ernststen sozialen Probleme der Minderheitengruppen angesprochen wurden. Die Verbesserung der physischen Wohnbedingungen ging daher mit einer aktiven Einbeziehung der Bewohner einher.



Bisher wurden zwei Phasen abgeschlossen: Die erste, 2005 bis 2008 ausgeführte Phase wurde von Viertel und Stadt finanziert, die zweite Phase (2008 bis 2011) wurde vom EFRE unterstützt. Diese zwei Phasen stellen jedoch lediglich den Beginn einer langen Entwicklungsstrategie für das Viertel dar, die voraussichtlich 15 Jahre dauern wird.

► MEHR DAZU

www.rev8.hu/eng.php



Hauptantrieb für die Zusammenarbeit verschiedener Akteure im Rahmen einer Integration politischer Strategien. Es gibt nur wenige Fälle, in denen gebiets- und menschenbezogene Ansätze miteinander kombiniert wurden; noch seltener wurde eine Querfinanzierung mit dem EFRE und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erreicht. Dieser Ansatz sollte künftig häufiger angewendet werden, da sich mit einer Investition in die Infrastruktur ohne Berücksichtigung der Bevölkerung kaum nachhaltige Ergebnisse erzielen lassen.

Zahlreiche Städte haben bewiesen, dass sie mit sozialen Innovationen erhebliche Veränderungen erzielen können. Jedoch verfügen die Städte selbst noch nicht über die Kompetenzen, die für die Lösung von Problemen vor Ort erforderlich sind. Die Dezentralisierung der Zuständigkeiten an Städte, eine erhöhte Bürgerbeteiligung und aufgeklärte Entscheidungsträger sind zur Bekämpfung wachsender Ungleichheit oder Arbeitslosigkeit möglicherweise nicht ausreichend. Regionale und nationale Behörden müssen aktiv beteiligt werden und Verantwortung für die Integration der verschiedenen politischen Ebenen tragen. Die Städte müssen in vertikaler Dimension durch regionale und nationale Behörden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten unterstützt werden. Umfassende und ausgereifte integrative Ansätze können für die Zukunft von Städten effizienter umgesetzt werden, wenn die Probleme benachteiligter Gebiete auf höherer Verwaltungsebene mit politischen, sozialen und ökonomischen Faktoren in Zusammenhang gebracht werden. Damit wird die hohe Bedeutung bestehender nationaler politischer Strategien und Programme zur Stadtentwicklung deutlich.

In zahlreichen Projekten wurde deutlich, wie wichtig der Aufbau von Kapazitäten für die Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen ist. Diese Kenntnisse stammen häufig aus Austauschprogrammen wie URBACT sowie aus Zusammenarbeit und inkrementellen Lernprozessen. Die Übernahme neuer politischer Strategien durch die Städte mithilfe transnationaler Austausch- und Lernprogramme funktioniert nicht als einfaches Tauschgeschäft: Politische Lösungen können weder im einfachen „Copy-and-Paste“-Verfahren übernommen werden, noch existieren allgemeingültige Vorlagen. Vielmehr müssen Entscheidungsträger über umfassende Kenntnisse zur integrierten Stadtentwicklung verfügen. Da sich die institutionellen und verwaltungstechnischen Bedingungen lokal erheblich unterscheiden, erfordert ein solcher Prozess differenzierte und kontextbezogene Kenntnisse. Die 50 Fälle stellen ein wichtiges Hilfsmittel für die Weitergabe von Kenntnissen zur Stadtentwicklung zwischen den Städten dar.

► MEHR DAZU

Städte von morgen:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/citiesoftomorrow/index_en.cfm

Auf der Info regio-Website stehen weitere Informationen zur den Fällen sowie der Abschlussbericht zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/regional_policy/information/brochures/index_de.cfm

<http://www.aeidl.eu/en/projects/territorial-development/urban-development.html>



► MOBILISIERUNG DER HAUPTSTÄDTE DER EU

KOMMISSAR HAHN RUFT BÜRGERMEISTER AUF, EUROPA AUS DER KRISE ZU HELFEN

Am 28. Februar war Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, Gastgeber der ersten direkten Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und den Hauptstädten der EU. Diese sollen künftig in regelmäßigen Abständen stattfinden. Kommissar Hahn rief die 20 teilnehmenden Bürgermeister auf, eine Führungsrolle bei der Erholung von der Krise einzunehmen. Er argumentierte, die Hauptstädte müssten eine zentralere Rolle als Europas wirtschaftliche und soziale Treiber einnehmen. Darüber hinaus forderte er, dass der städtischen Dimension in der Kohäsionspolitik und in allen anderen EU-Maßnahmen Rechnung getragen werden sollte.

Auch Umweltkommissar Janez Potočnik nahm an dem Gespräch teil. Die Bürgermeister der EU-Hauptstädte Amsterdam, Athen, Berlin, Bratislava, Brüssel, Bukarest, Lissabon, Ljubljana, Luxemburg, Madrid, Nicosia, Rom, Sofia, Stockholm, Tallinn, Valletta, Vilnius, Warschau und Wien sowie Zagreb (angesichts des EU-Beitritts Kroatiens im Juli 2013) haben eine gemeinsame Erklärung über die Rolle der Städte und deren zentrale Bedeutung als Motor für nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum unterzeichnet. Auch einige derjenigen, die nicht teilnehmen konnten, haben sich der Erklärung angeschlossen.



Beginn der Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und die Bürgermeister der EU-Hauptstädte zum Thema Wachstum.

1. Arturas Zuokas (Vilnius), 2. Klaus Wowereit (Berlin), 3. Michael Häupl (Wien), 4. Zoran Janković (Ljubljana), 5. Eberhard van der Laan (Amsterdam), 6. Alexei Dingli (Valetta), 7. António Luís dos Santos da Costa (Lissabon), 8. Sten Nordin (Stockholm),

9. Kommissar Potočnik, 10. Hanna Gronkiewicz-Waltz (Warschau), 11. Kommissar Hahn, 12. Yordanka Fandakova (Sofia), 13. Sorin Mircea Oprescu (Bukarest), 14. Ana Botella (Madrid), 15. Milan Ftáčnik (Bratislava), 16. Milan Bandić (Zagreb), 17. Konstantinos Georkatzis (Nikosia), 18. Xavier Bettel (Luxemburg), 19. Yiorgos Kaminis (Athen), 20. Edgar Savisaar (Tallinn).

In der Erklärung steht „Hauptstädte sind Laboratorien, in denen Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der EU entwickelt werden müssen“ und „Hauptstädte geben Impulse für Innovation und intelligentes Wachstum und sind häufig Schnittstellen der Netzwerke in Bildung und Wissenschaft“ sowie „Wir sind der Überzeugung, dass die Vorschläge der Kommission zur Übertragung von mehr Verwaltungsbefugnissen an die Städte, auch bei der Verwaltung der EU-Strukturfonds äußerst wichtig sind, damit die Herausforderungen, mit denen die Städte konfrontiert sind, wirklich verstanden werden und die Durchführung der Fonds den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht“.

Vor der Konferenz sagte Kommissar Hahn: „Ohne Europas Hauptstädte können wir die Europa-2020-Wachstumsziele nicht erreichen. Daher rufe ich die Bürgermeister dazu auf, Europa aus der Krise zu führen“.

Kommissar Potočnik betonte bei der Veranstaltung, eine effiziente Verwaltung natürlicher Ressourcen in städtischen Gebieten sei maßgeblich für das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Bürger in einem immer eingeschränkteren globalen Umfeld. Städte werden eine entscheidende Rolle in der Umsetzung des erst kürzlich von der Kommission angenommenen Siebten Umweltaktionsplans spielen.

Im Zusammenhang mit der derzeit erörterten Reform der Kohäsionspolitik hat die Europäische Kommission eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Nutzung von Investitionen im städtischen Raum vorgelegt, wobei sie einen integrierten Ansatz der Politikgestaltung befürwortet. Sie hat vorgeschlagen, den Städten selbst mehr Befugnisse zu übertragen und ihnen die Möglichkeit zu geben, neue Konzepte für den Umgang mit neuen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen zu testen.

► MEHR DAZU

Bericht „Städte von morgen“:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/citiesoftomorrow/citiesoftomorrow_final_de.pdf

Nachhaltige Stadtentwicklung durch die EU-Regionalpolitik:
http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/urban/index_de.cfm

Vorzeigeprojekte für Stadtentwicklung:
http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/mayors/2013/projects_en.cfm

▶ FINANZINSTRUMENTE

IM NÄCHSTEN PROGRAMMZEITRAUM 2014-2020

Die Finanzinstrumente wurden im aktuellen Strukturfondszeitraum 2007-2013 erweitert und haben an Bedeutung zugenommen. Für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 wird eine erneute Steigerung sowohl in Bezug auf das Volumen als auch auf die Wichtigkeit erwartet.

Die operationellen Programme für den neuen MFR 2014-2020 sollen ergebnisorientierter sein und sich auf eine geringere Anzahl wichtiger thematischer Ziele konzentrieren, welche auf den Europa-2020-Zielen basieren. Diese sollen u. a. mithilfe der entsprechenden Finanzinstrumente erreicht werden. Eine aktualisierte und vollständige Fassung aller Verordnungen und Regeln in Bezug auf die Finanzinstrumente wurde bereits vorbereitet und ist sowohl in den neuen Verordnungen für die Strukturinstrumente der EU als auch in der neuen Haushaltsordnung für das allgemeine Budget der EU enthalten.

Weiter unten ist ein Überblick über die Aufgaben der Verwaltungsbehörden hinsichtlich der Gestaltung und Umsetzung der Finanzinstrumente in der nächsten Generation von Programmen zu finden.

Ex-ante-Bewertung und Planung

Beiträge von operationellen Programmen zu Finanzinstrumenten sollten auf der Basis einer *Ex-ante*-Bewertung für jedes einzelne Finanzinstrument erfolgen. Bei diesen Bewertungen werden Marktschwächen oder suboptimale Investitionssituationen, Grad und Umfang der benötigten öffentlichen Investitionen für den Zeitraum 2014-2020 und alle Arten der erforderlichen Finanzinstrumente ermittelt.

Die Bewertungen können phasenweise erfolgen und müssen in jedem Fall abgeschlossen sein, bevor die Verwaltungsbehörden entscheiden, ob ein Beitrag zu den Finanzinstrumenten geleistet wird.

Ex-ante-Bewertungen müssen zu Informationszwecken beim Monitoringausschuss des entsprechenden operationellen Programms eingereicht werden. Die zusammengefassten Erkenntnisse und Einsichten der *Ex-ante*-Bewertungen werden innerhalb von drei Monaten nach ihrer Finalisierung von den entsprechenden Verwaltungsbehörden veröffentlicht.

Diese haben die Möglichkeit, eine separate Prioritätsachse für die Beiträge zu den Finanzinstrumenten auf EU-Ebene

in die Programme einzubringen, die direkt oder indirekt von der Europäischen Kommission verwaltet werden. (Der Kofinanzierungsanteil kann für solch eine Prioritätsachse bis zu 100% betragen.) Sie können ebenfalls, eine separate Prioritätsachse für Finanzinstrumente, die im Rahmen einer gemeinsamen Verwaltung auf nationaler und regionaler Ebene gesteuert werden. (Der Kofinanzierungsanteil würde hierbei um 10 Prozentpunkte erhöht.)

Wenn die Verwaltungsbehörden in Erwägung ziehen, einem Finanzinstrument eine individuelle Prioritätsachse zuzuweisen, sollte die erste Phase der entsprechenden *Ex-ante*-Bewertung zum Zwecke einer ungefähren Einschätzung der Gesamtkosten für die betreffende Prioritätsachse bereits im Voraus erfolgen.

Umsetzung, Verwaltung und Steuerung von Finanzinstrumenten

Bei der Umsetzung von Finanzinstrumenten haben Verwaltungsbehörden grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- Beiträge zu den Finanzinstrumenten auf EU-Ebene, die direkt oder indirekt von der Europäischen Kommission verwaltet werden, wie die COSME-Initiative für KMU, das Programm HORIZON 2020 für Forschung und Innovation, die „Connecting Europe“-Fazilität für die Infrastruktur, die „Garantie“-Fazilität für den Kultur- und Kreativsektor usw.
- Beiträge zu Instrumenten auf nationaler, regionaler, transnationaler oder grenzübergreifender Ebene, die im Falle von Darlehen oder Bürgschaften direkt von der Verwaltungsbehörde selbst oder indirekt in ihrem Auftrag verwaltet werden.

Wenn Finanzinstrumente im Auftrag von Verwaltungsbehörden gesteuert werden, müssen diese oder ihre ordnungsgemäß Bevollmächtigten mit den ausgewählten Finanzintermediären entsprechende Finanzierungsvereinbarungen unterzeichnen. Diese Intermediäre können bestehende oder neue juristische Personen, die EIB, andere internationale Finanzinstitutionen oder andere entsprechende Stellen sein.

Die Einhaltung aller anwendbaren EU- und nationalen Gesetze, darunter die Gesetzgebung zum öffentlichen Auftragswesen und zu staatlichen Beihilfen, muss in allen Phasen der Umsetzung der Finanzinstrumente gewährleistet sein und fällt unter den Verantwortungsbereich der Verwaltungsbehörden.

Programmbeiträge zu Finanzinstrumenten – Zwischenzahlungen

Beiträge von operationellen Programmen zu Finanzinstrumenten müssen phasenweise erfolgen. Die in jedem Zahlungsantrag auf Zwischenzahlung an die Kommission angegebenen Summen dürfen 25% der Gesamtsumme, die dem Finanzinstrument unter der entsprechenden Finanzierungsvereinbarung zugesichert wurden, nicht übersteigen.

Ein Antrag auf Zwischenzahlung kann nur dann gestellt werden, wenn ein angegebener Prozentsatz der vorher zugunsten der Finanzinstrumente geleisteten Summen bereits dem Endempfänger ausgezahlt oder als Garantie zugesichert wurde.

Berichterstattung der Verwaltungsbehörden

Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, der Kommission jährlich Bericht über die Umsetzung jedes Finanzinstruments zu erstatten, darunter fallen alle Zahlungen und Garantien an die Endempfänger, erwirtschaftete Einnahmen, erreichte Hebelwirkungen usw. Diese Berichte zu den Finanzinstrumenten sind den jährlichen Berichten zur Umsetzung der entsprechenden operationellen Programme beizufügen.

Ab 2016 muss die Kommission eine jährliche Zusammenfassung der Jahresberichte zur Umsetzung der Finanzinstrumente, die von den Verwaltungsbehörden eingereicht wurden, vorlegen.

Abschluss von operationellen Programmen und Wiederverwendung der auf die Unterstützung zurückzuführenden Mittel aus den EU-Strukturinstrumenten

Die Verwaltungsbehörden müssen in ihrem Abschlussbericht die förderfähigen Gesamtausgaben im Rahmen des Finanzinstruments zum Zeitpunkt des Abschlusses angeben. Zu den förderfähigen Ausgaben zum Zeitpunkt des Abschlusses gehören alle tatsächlich an die Endempfänger gezahlten Summen oder geleisteten Garantien, Zins- und Garantiegeldzuschüsse sowie förderfähige Verwaltungskosten oder -gebühren.

Zinsen oder andere Gewinne, die aus den Beiträgen von operationellen Programmen zu Finanzinstrumenten erwirtschaftet wurden, sowie bis zum Ende des Förderzeitraums



KREDITE VON CDFI (COMMUNITY DEVELOPMENT FINANCE INSTITUTIONS) FÜR KMU UND SOZIALUNTERNEHMEN YORKSHIRE AND HUMBER, VEREINIGTES KÖNIGREICH

Mit Unterstützung des EFRE gewähren CDFI kleine Kredite zwischen 1 000 GBP und 50 000 GBP (1 180 EUR – 59 000 EUR) an KMU und Sozialunternehmen, die keinen Zugang zu den üblichen Finanzierungsquellen haben. Bisher wurden Kredite im Wert von 4 Mio. GBP (4,7 Mio. EUR) aus EFRE-Mitteln an 166 Unternehmen gewährt; zudem wurden 159 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Zu den Nutznießern gehört Doncaster Refurnish – ein Sozialunternehmen, das gespendete Möbel und andere Haushaltsartikel renoviert und an örtliche Abnehmer weiterverkauft.

zurückgezahlte Mittel müssen für weitere Investitionen in dasselbe oder ein anderes Finanzinstrument entsprechend den Zielen des OPs genutzt werden. Das gleiche gilt für einen Zeitraum von acht Jahren nach Ende des Förderzeitraums auch für Kapitalrückzahlungen und Gewinne, die auf die EU-Beiträge zu dem Finanzinstrument zurückzuführen sind. Die Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden sind dazu verpflichtet, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine ordnungsgemäße Umsetzung dieser Regeln sicherzustellen.

►MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/2014/financial_instruments_de.pdf

►NACHRICHTEN

[IN KÜRZE]



ROMA-PILOTPROJEKT

Am 15. März veranstaltete die DG für Regionalpolitik in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) BRC und der Weltbank die Konferenz „From pilots to outcomes: Evidence-Based Lessons on the Socio-Economic Inclusion of Roma Communities“ („Vom Pilotprojekt zum Erfolg: Evidenzbasierte Lektionen zur sozio-ökonomischen Integration von Roma-Quartieren“), die gleichzeitig in Moldava nad Bodvou (Slowakei) und Brüssel (Belgien) stattfand.

Auf der Konferenz wurden die Ergebnisse eines dreijährigen Pilotprojekts des Europäischen Parlaments vorgestellt, das sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Integration der Roma im Rahmen der frühkindlichen Bildung, der Selbstständigkeit durch Mikrokredite und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie mit Methoden zur Datenerhebung und Evaluierung in fünf EU-Mitgliedstaaten und Mazedonien befasste. Die Empfehlungen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnverhältnisse, Gesundheit, Zivilgesellschaft, Migration und Gleichstellung der Geschlechter wurden mit Vertretern der wichtigsten EU-Institutionen, internationalen Organisationen, Wissenschaftlern, Fachleuten, Roma-Vertretern und Bewohnern eines Roma-Quartiers in Moldava nad Bodvou diskutiert. Eine der Abschlussitzungen widmete sich dem Strukturfonds bei der Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma auf Basis der Erfahrungen des Strukturfonds-Programmzeitraums 2007-2013.

►MEHR DAZU

Website des Roma-Pilotprojekts der EK und des UNDP –
Instrumente und Methoden zur Überwachung und Bewertung:
<http://www.akvo.org/rsr/project/638/>

Website des EK-Pilotprojekts zur Integration der Roma:
http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/roma/events_en.cfm



„EUROPA IN MEINER REGION“ FOTOWETT- BEWERB 2013

Nach dem großen Erfolg der Premiere im Jahr 2012 findet der Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ im Sommer 2013 erneut statt. Wie im Vorjahr wird der Wettbewerb über die Facebook-Seite der Europäischen Kommission durchgeführt. Beiträge können von Anfang Juni bis Mitte August eingereicht werden. Die Gewinner erhalten ihre Preise im Oktober auf den OPEN DAYS 2013.



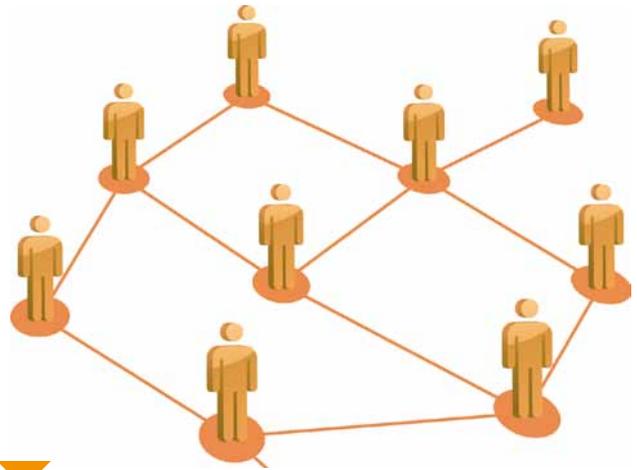


▶ OPEN DAYS 2013

Die OPEN DAYS 2013 finden von 7. bis 11. Oktober unter dem Motto „Europas Regionen und Städte heben ab mit dem Ziel 2020“ in Brüssel statt. Es locken rund 90 bis 100 Workshops sowie die Ausstellung „100 Urban solutions“ („100 Urbane Lösungen“).

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2013/index.cfm



▶ INIO-INFORM-KONFERENZ 2012

Das Netzwerk der Kommunikationsbeauftragten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Kohäsionsfonds, von INIO und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) – INIO – veranstaltete am 3. und 4. Dezember 2012 in La Plaine Saint Denis in Paris seine erste gemeinsame Konferenz.

Über 200 Vertreter aus ganz Europa trafen sich, um die Ziele einer engeren, fondsübergreifenden Zusammenarbeit und gemeinsamer Kommunikationsaktivitäten im Rahmen der Kohäsionspolitik zu diskutieren. Die Teilnehmer der zweitägigen Konferenz waren sich darin einig, dass eine Koordinierung der Kommunikationsaktivitäten zwischen den Fonds von hoher Wichtigkeit ist, ebenso wie eine – wo dies möglich ist – gemeinsame Durchführung von gemeinsamen Informationskampagnen.

Im Dezember 2013 findet die Kommunikationskonferenz, „Telling the story 2.0“ statt, auf der über die Wichtigkeit einer Kommunikation der Erfolge der EU-Kohäsionspolitik diskutiert wird und wirkungsvolle Kommunikationspraktiken vorgestellt werden.

▶ MEHR DAZU

Umfassende Informationen und Präsentationen stehen unter http://ec.europa.eu/regional_policy/informing/events/201212/index_en.cfm zur Verfügung.

QREN QUADRO DE REFERÊNCIA ESTRATÉGICO NACIONAL

O QREN DOCUMENTOS PROJETOS PROGRAMAS OPERACIONAIS 2014-2020

Escolhas QREN Voltar à lista de escolhas

Geografia QREN

REDE DE TRANSPORTES COLECTIVOS SUSTENTÁVEIS DE SERPA

AVISOS CANDIDATURAS
17 Candidaturas abertas
Base de Dados com informação atualizada

O QREN EM NÚMEROS
Projetos aprovados
0 4 7 9 9 6

NOTÍCIAS
2013-09-13 Rumores sobre candidatura

Programa financiado:
Alertajo
Eixo: Cresço Local e Urbana
Domínio de Intervenção:
Mobilidade Territorial
Região de Intervenção:
Alertajo
Fundo:
FEDER

Beneficiário:
Município de Serpa

Data de Aprovação: 02/12/2009
Data do Contrato: 26/04/2010

Conta Total:
€480,290.85
Conta Total Elegível:
€436,270.00

▶ PORTUGIESISCHE UND ITALIENISCHE WEBSITES STELLEN EU-FINANZIERTE PROJEKTE VOR

In einem neuen portugiesischen Internetportal wird eine Auswahl an wichtigen Projekten vorgestellt, die in den Jahren 2007 bis 2013 teilweise vom Europäischen Sozialfonds (ESF), vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), vom Kohäsionsfonds und von der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) finanziert wurden.

▶ MEHR DAZU

Die Projekte können nach Region oder Programm angezeigt werden:

<http://www.qren.pt/np4/projetos>

Auf einer ähnlichen Seite wird die Verwendung von Fonds in Italien vorgestellt:

<http://www.opencoesione.gov.it/>

▶ MIT EIGENEN WORTEN

NATIONALE UND REGIONALE SICHTWEISEN AUF DIE KOHÄSIONSPOLITIK

Panorama
freut sich auf
Ihre Beiträge!

Die Rubrik „Mit eigenen Worten“ von *Panorama* lädt die wichtigsten einzelstaatlichen und regionalen „Verbraucher“ der Kohäsionspolitik dazu ein, sich Gehör zu verschaffen, Rückmeldungen zur praktischen europäischen Politik auf lokaler Ebene zu geben und sich zu aktuellen Leistungen und Erfolgen zu äußern oder Einblick in die Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum zu gewähren.

Angesichts der über 270 Regionen in den 27 EU-Mitgliedstaaten und der Tatsache, dass jede Region eine eigene wirtschaftliche und kulturelle Geschichte und besondere Bedürfnisse hat, ist es wichtig, dass Politiker, Verwaltungsstellen und Amtsträger auf allen Ebenen die tatsächlichen Wirkungen der Kohäsionspolitik an der Basis kennen.

In dieser Ausgabe stellt *Panorama* die Standpunkte von vier Mitgliedstaaten und Regionen vor, die im Programmzeitraum 2014 bis 2020 Strukturfonds-Programme umsetzen. Österreich stellt einen Partnerschaftsansatz auf nationaler Ebene für kommende Umsetzungsprozesse vor, während England Pläne für eine Partnerschaft auf lokaler Ebene verfolgt. Midi-Pyrénées hingegen konzentriert sich auf intelligente Spezialisierung, und die Toskana setzt auf eine Reihe spezifischer Themen.

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge, die wir vielleicht in künftigen Ausgaben bringen:

▶ regio-panorama@ec.europa.eu

▶ FRANKREICH

▶ MIDI-PYRÉNÉES – INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG IM KERN DER POLITISCHEN PRIORITÄTEN

Als treibende Innovationskraft, die 4,2% ihres BIP für Forschung und Entwicklung ausgibt, es nicht überraschend, dass in der Region Midi-Pyrénées Innovation und Wettbewerbsfähigkeit den Kern der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung darstellen. Zu den Zielen der Strategie Europa 2020 zählt eine aktive Steuerung des Programmzeitraums 2014 bis 2020, so dass sichergestellt ist, dass der Bewältigung dieser Herausforderungen bereichsübergreifend eine hohe Priorität zukommt.

Midi-Pyrénées verfolgt seit 2009 eine regionale, gemeinsam von Region und Staat koordinierte Regionale Innovationsstrategie (RIS). Diese Strategie sieht ein Steuerungssystem vor, das bei den Interessenträgern der Region volle Anerkennung findet und eine wissensbasierte Innovationswirtschaft zum Durchbruch verholfen hat. Im Zeitraum 2007 bis 2011 wurden als Anreiz für dieses Ziel insgesamt 640 Mio. EUR öffentliche Zuschüsse aufgewendet.

Der kürzlich vorgestellte Vorschlag der „intelligenten Spezialisierung“ stellt einen neuen Meilenstein dar. Hierbei stehen die Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten im Mittelpunkt, die im Herbst 2012 unter Einbeziehung von öffentlichen Konsultationen im Rahmen einer Regionsanalyse und eines RIS-Zwischenberichts ermittelt wurden: intelligente Industriesysteme, Verbesserung der Qualität von Lebensräumen und Produktionsmethoden, nachhaltige Energieversorgung, innovative Materialien, Krebsforschung, Suchtbekämpfung, Zellentechnik und regenerative Medizin.

Neben der Durchführung strategischer Projekte, der Unterstützung von Unternehmen, den gemeinsamen Anstrengungen öffentlicher Stellen zur Stärkung des regionalen Potenzials und der Förderung einer wissensbasierten Wirtschaft im Globalisierungskontext bewertet die Region Midi-Pyrénées außerdem kontinuierlich die Erfahrungen anderer Regionen.



Plattform für Mikro- und Nanotechnologie an der LAAS-CNRS University Paul Sabatier in Toulouse.

Als Teil dieses Leistungsvergleichs hat Midi-Pyrénées seinen Partnern in der Euroregion Pyrenäen-Mittelmeer, deren Vorsitz die Region derzeit innehat, eine „Euro-regionale Innovationsstrategie“ vorgeschlagen. Konkret wird eine bahnbrechende europäische Initiative vorgeschlagen, deren Schwerpunkt eine integrative Entwicklung in diesem Gebiet wäre und auf drei Prioritätsbereichen (Wasser, E-Health sowie

Ernährung und Landwirtschaft) eine Kooperation zwischen Midi-Pyrénées, Languedoc-Roussillon, Katalonien und den Balearen vorsehen würde.

Verwaltung für europäische Angelegenheiten und dezentralisierte Zusammenarbeit

Région Midi-Pyrénées

▶ MEHR DAZU
www.midipyrenees.fr

▶ ÖSTERREICH

▶ UMSETZUNG DES PARTNERSCHAFTS-ANSATZES

VORBEREITUNGEN DER PERIODE 2014-2020 IN ÖSTERREICH UMSETZUNG DES PARTNERSCHAFTLICHEN ANSATZES

Die Vorbereitungen für die Periode 2014-2020 sind in Österreich auf Ebene der Operationellen Programme sowie auf Ebene der Partnerschaftsvereinbarung als strategisches Element der Übersetzung zwischen EU- und nationaler Ebene voll im Gange.

Die Partnerschaftsvereinbarung Österreichs für den Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds („ESI“-Fonds) 2014-2020 wird im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) als gemeinsame Plattform des Bundes und der Länder, des Städte- und Gemeindebundes und der Wirtschafts- und Sozialpartner unter dem Titel „STRAT.AT 2020“ erstellt. Hierzu wurde ein eigener Prozess aufgesetzt, der die Beteiligung aller zuständigen Stakeholder und Interessensgruppen sicherstellen soll. Das finale Dokument beinhaltet das Ergebnis



STRAT.AT.2020 verfolgt einen breiten Partnerschaftsansatz.

von komplementären („Dachprozess“) und verzahnten Prozessen (fonds-spezifische Programmierungen/„Teilprozesse“).

Der STRAT.AT 2020-Prozess verfolgt einen breiten partnerschaftlichen Ansatz und ist so angelegt, dass er von den strategischen PartnerInnen gemeinsam gestaltet (und getragen) wird. Der offizielle Auftakt fand mit dem ersten öffentlichen STRAT.AT 2020-Forum im April 2012 statt, an dem über 250 Stakeholder teilnahmen. Foren sind offen für alle an der Kohäsionspolitik und der Politik für den ländlichen Raum interessierten AkteurInnen (ProgrammumsetzungspartnerInnen, Wirtschafts- und Sozialpartner, Städte und Gemeinden, intermediäre Dienstleister, NROs, ExpertInnen/Wissenschaft, ...). Das zweite Forum stand ganz im Zeichen der 11 thematischen Ziele der ESI-Fonds. Während des Prozesses sind noch weitere zwei Foren vorgesehen.

Eine breite, funktionsgerechte und transparente Einbeziehung aller Stakeholder ist eine zentrale Prämisse in Österreich. Mit dem Element der sogenannten „Fokusgruppen“ werden möglichst konkrete Fragestellungen an der Schnittstelle zwischen den beteiligten ESI-Fonds vertieft bearbeitet. Zwischen November 2012 und Februar 2013 haben insgesamt 15 Fokusgruppen zu Themen wie z.B. Forschung, städtischer Dimension, soziale Dienstleistungen, Biodiversität/Naturschutz, Kooperation/ETZ stattgefunden, deren Ergebnisse in die Erstellung des STRAT.AT 2020 einfließen und die ebenso für die jeweiligen Programmierungsprozesse fruchtbaren Input geleistet haben. Nicht zuletzt wurde der Umgang mit horizontalen Zielen angesprochen und Aussagen zur Bedeutung der europäischen territorialen Zusammenarbeit getroffen (*eine vollständige Liste aller Fokusgruppen samt Ergebnisdokumentation kann unter www.stratat2020.at abgerufen werden*).

Inhaltlich sind die Verbindung zu den einzelnen Programmierungsprozessen und die Zusammenführung der top-down Überlegungen und bottom-up Aggregationen von zentraler Bedeutung. Neben der Koordination zwischen den ESI-Fonds ist auch die Integration der ESI-(ko-finanzierten) Maßnahmen in die unterschiedlichen Politikfelder auf nationaler und regionaler Ebene darzustellen, die immer im Kontext eines umfassenderen Strategien- bzw. Förderspektrums zu sehen sind. Dies trifft in Österreich insbesondere im Bereich der Strukturfonds zu, wo aufgrund der beschränkten Programmgrößen das Proportionalitätsprinzip eine Voraussetzung für eine möglichst effiziente Implementierung in den Regionen ist.

Der Entwurf der Partnerschaftsvereinbarung wird voraussichtlich im Juni/Juli 2013 einem öffentlichen Stellungnahmeverfahren via Online-Tool unterzogen, das nach dem Konsilium im Sommer 2012 das zweite öffentliche Konsultationsverfahren im Prozess darstellt. Die Einreichung des STRAT.AT 2020 ist noch für 2013 nach Möglichkeit gemeinsam mit allen Operationellen Programmen geplant.

Der gesamte Prozess kann unter www.stratat2020.at bzw. www.oerok.gv.at nachverfolgt werden.

Dr. Diane C. Tiefenbacher

*Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)
Koordination von EU-Strukturfonds
& STRAT.AT 2020*

▶ MEHR DAZU
www.oerok.gv.at

▶ VEREINIGTES KÖNIGREICH

▶ LOKALE PARTNERSCHAFTEN ALS SCHLÜSSEL FÜR FINANZIERUNGEN IN ENGLAND

Der Programmzeitraum 2014 bis 2020 wird in England hinsichtlich der Vergabe von EFRE-Mitteln erhebliche Änderungen mit sich bringen. Statt regionaler EFRE-Grenzen und -Programme, die bisher ergänzende Investitionen aus verschiedenen gemeinsamen strategischen Fonds (Common Strategic Funds, CSFs) verhindert haben, wird ein neues, flexibles nationales CSF-Programm für das Wachstum in England eingeführt. Im Folgenden werden die Antriebskräfte für diese Veränderungen sowie deren Folgen für die Kohäsionspolitik und ihre Anwendung erläutert.

Das Verwaltungssystem in England hat sich in den letzten zwei Jahren erheblich geändert. Grund hierfür war die Erkenntnis, dass, sollen Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf den Eigenheiten der lokalen Wirtschaft in Städten, Kleinstädten und Dörfern basieren, dann müssen auch institutionelle Strukturen diesem Prinzip folgen. Statt regionaler Grenzen und Institutionen wurden auf Grundlage der lokalen Wirtschaftsgeografie 39 privatwirtschaftlich geführte „Local Enterprise Partnerships“ (Lokale Unternehmenspartnerschaften, LEPs) mit gegründet. Ziel dieser Partnerschaften ist es, Politik und Wirtschaft zusammenzubringen, um nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem privaten Sektor zu fördern. Diese 39 LEPs werden die Bausteine bei der Umsetzung des CSF in England im Programmzeitraum 2014 bis 2020 sein.



Mit Hilfe von EFRE-Mitteln konnte Xeros Ltd, ein Ableger der University of Leeds, einen Waschprozess auf Basis von Polymerkügelchen entwickeln. Das Unternehmen beschäftigt mittlerweile 20 Wissenschaftler, Ingenieure und Support-Mitarbeiter in Sheffield.

Zudem ist die Umsetzung eines nationalen EU-Wachstumsprogramms geplant, das 100% des EFRE und des ESF sowie einen Teil des ELER umfasst und auf Grundlage der von lokalen Partnern entwickelten Strategien auf die 39 LEPs in England verteilt wird. Eine Verschärfung der Verwaltung in der Zentralregierung ermöglicht es den LEPs und lokalen Partnern, die neue, im Zeitraum 2014 bis 2020 erreichte Flexibilität zu maximieren und EFRE, ESF und ELER in einzelnen Investitionspaketen auf Basis der Mittelzuteilung in den jeweiligen Gebieten zu bündeln. CSF-Investitionen werden auf die Politik und Initiativen auf nationaler und lokaler Ebene abgestimmt, damit wirtschaftliche Ziele und die öffentlichen/privaten Interessen und Finanzen möglichst effektiv in Einklang gebracht werden können.

Ein ganzheitlicher Einsatz des CSF ist hierbei ausschlaggebend, so dass die Ziele von Europa 2020 und nationalen Reformprogrammen in einem lokalen Kontext zusammengebracht werden. In Kombination mit der Umsetzung thematischer/sektorbasierter, geografisch übergreifender Projekte verspricht dieser Ansatz, im Programmzeitraum 2014 bis 2020 in England ein ambitioniertes und innovatives CSF-Modell zu werden.

David Morrall

Head of Policy Unit, EFRE 2014-2020
Department for Communities and Local Government
(Ministerium für kommunale Angelegenheiten und örtliche Selbstverwaltung, DCLG)



Die Middleport Pottery in Stoke-on-Trent wurde in Arbeitsplatz-Einheiten für lokale Kreativunternehmen verwandelt. Zudem können Besucher hier die letzte noch aktive viktorianische Töpferei des Vereinigten Königreichs besuchen.

▶ MEHR DAZU

www.gov.uk/browse/business/funding-debt/european-regional-development-funding

ITALIEN

DER ANSATZ DER TOSKANA FÜR DEN PROGRAMMZEITRAUM 2007-2013

Die neue Phase der EU-Finanzplanung fällt in einen historisch wichtigen Zeitraum. Die öffentliche Finanzlage in Italien legt nahe, dass EU-Mittel in den nächsten Jahren im Investitionsbereich und somit auch bei der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit eine wichtige Rolle spielen werden.

Die Strategie Europa 2020 ist eindeutig der richtige Weg. Für die Toskana resultieren daraus folgende Ziele: *intelligentes* Wachstum durch Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, *nachhaltiges* Wachstum durch Umweltschutz, Landnutzung und Energie sowie *integratives* Wachstum durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Armutsbekämpfung.

Daher reicht es nicht mehr aus, EU-Mittel schnell und zweckmäßig einzusetzen. Die Toskana ist leistungsstärker als die meisten Regionen in Italien. Dennoch hat das weitverbreitete Wirtschaftswachstum vorhandene Infrastrukturmängel offensichtlich gemacht. Daher muss der Schwerpunkt auf Maßnahmen gesetzt werden, die eine deutliche Wirkung haben. EU-Mittel müssen für Vorhaben mit realistischen Zielen ausgegeben werden, die gemessen und bewertet werden können.

Aus diesem Grund konzentriert sich die Toskana bei ihrer Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 auf drei bereichsübergreifende Themen:

- **Jugend:** *Giovanisì* (Ja zu jungen Menschen) – das aus regionalen, nationalen und EU-Mitteln finanzierte Projekt bietet zahlreiche Möglichkeiten für junge Menschen. Es umfasst unter anderem die Förderung von Praktika und von Start-up-Unternehmen sowie die Unterstützung von Erstkäufern.
- **Städtenetze** (Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Innovation und Versuchsprojekten).
- **Interne Bereiche** (Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, umweltfreundliche Wirtschaft).

Dabei liegt der Schwerpunkt auf folgenden Prioritäten:

- Investition in Forschung und Technologietransfer zur Stärkung der Rolle des verarbeitenden Gewerbes;
- Zugang zu Breitbandinternet in der gesamten Toskana und Erleichterung der Online-Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung;
- Förderung des Zugangs zu Krediten (u. a. Mikrofinanzierung);
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit bei der Versorgungskette von Agrar- und Ernährungswirtschaft, zur Schaffung von Anreizen für die kommende Generation; Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit;



Der Präsident der Region Toskana Enrico Rossi mit dem Plakat des Jugendförderprojekts Giovanisì.

- Umsetzung einer nachhaltiger Energieversorgung durch die Entwicklung spezialisierter Technologiebereiche;
- Regenerierung heruntergewirtschafteter Gebiete, Verhinderung hydrogeologischer Instabilität, Anpassung an den Klimawandel, Schutz von Kulturlandschaften und biologischer Vielfalt;
- Förderung von Mobilität;
- Förderung der Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern und einer höheren Produktivität bei KMUs;
- Unterstützung von Maßnahmen zur sozialen Integration;
- Bekämpfung des Schulabbruchs;
- Investition in eine Plattform für die „Wiederbelebung der kulturellen Tradition der Toskana“.

Um bestmögliche Startbedingungen für den kommenden Programmzeitraum 2014 bis 2020 zu gewährleisten, hat die Toskana außerdem interne Arbeitspraktiken überprüft und einen „Kontrollraum“ (oder „Koordinations- und Lenkungsgruppe“) eingerichtet, in dem sämtliche Verwaltungsbehörden für Strukturfonds zusammengeführt werden. Damit sollen ein einheitlicher Programmansatz geschaffen und klare Prioritäten sowohl in den Planungs- als auch in den Umsetzungsphasen gesetzt werden.

Enrico Rossi
Präsident der Region Toskana

MEHR DAZU
www.regione.toscana.it

►MALTA

►NEUES FÄHRTERMINAL

FÜR MEHR VERKEHR UND TOURISMUS ZWISCHEN DEN INSELN

Gesamtkosten:
10 868 000 EUR
EU-Mittel:
8 800 000 EUR

Der Hafen von Ċirkewwa auf Malta bekommt ein neues Fährterminal, das mithilfe des EU-Kohäsionsfonds finanziert wurde. Das neue Terminal an der Nordspitze der Insel soll Pendlern, insbesondere den Bewohnern der Insel Gozo, einen besseren Service bieten, den Güter- und Touristenverkehr erhöhen und den wirtschaftlichen Aufschwung fördern.

Das Fährterminal in Ċirkewwa gehört zum transeuropäischen Verkehrsnetz. Das Kernziel dieses Projekts ist die Reduzierung der Verkehrsstörungen am Terminal von Ċirkewwa und die Verbesserung des Verkehrsnetzes zwischen den maltesischen Inseln. Zwischen dem Fährterminal Ċirkewwa und dem Hafen von Mġarr auf Gozo verkehren normale Ro-PAX-Fähren, die etwa zwei Millionen Fahrzeuge und vier Millionen Passagiere pro Jahr befördern. Im Sommer starten in Ċirkewwa auch Bootsausflüge zur Insel Comino sowie organisierte Tauchexkursionen.

Die bestehenden Anleger sollen mit dem neuen Fährterminal aufgerüstet werden. Am nördlichen Anleger werden ein dritter Liegeplatz sowie neue Gebäude und Straßen erbaut und allgemeine Renovierungsarbeiten vorgenommen. Zu den neuen Einrichtungen gehören ein Abfertigungsgebäude, erhöhte Passagiergangways und flexible RoRo-Rampen zum Schiff. Es entstehen ebenfalls Bereitstellungsräume für Fahrzeuge, Parkplätze sowie ein Terminal für Reisebusse und öffentliche Verkehrsmittel.

Um die Verkehrsstörungen zu reduzieren wurde durch eine bessere Verkehrsführung und Zufahrtsstraßen, die an die Hauptverkehrsadern angeschlossen sind, die Anbindung an den Hafen optimiert.

Verkehrsoptimierung

Die neue Infrastruktur wird zu einer höheren Effizienz und einen besseren Schutz vor widrigen Wetterbedingungen führen. Sie wird einen hohen Grad an Sicherheit und Komfort bieten und einen besseren Service für den Passagier- und

Güterverkehr über Ċirkewwa sicherstellen. Neben der Optimierung des Passagier- und Güterverkehrs werden dank der Kapazitätserhöhung ebenfalls eine Reduzierung der Fahrzeit und eine Erhöhung des Passagierdurchsatzes erwartet.

Wirtschaftliche Vorteile

Etwa 12 Mio. EUR wurden in den Bau des neuen Terminals investiert, um das Reiseerlebnis und die Anbindung zu verbessern und die Abgeschiedenheit von Gozo zu reduzieren. Das Projekt wird den Transfer von Touristen zur Insel Gozo erheblich erleichtern und damit die lokale Wirtschaft sehr unterstützen. Zu den weiteren Vorteilen gehören ebenfalls die Erschließung des Geschäftspotenzials dieser Region und die Erhöhung der Lebensqualität von Bewohnern und Besuchern gleichermaßen.

Energieeffizienz

Das neue Terminalgebäude beheimatet eine der größten Photovoltaikanlagen von Malta. Eine weitere Premiere wird die Installation einer Windenergieanlage auf der Südseite des Hafens sein. Durch diese Systeme und weitere Energiesparmaßnahmen wird ein wesentlicher Teil der Energie, die für den Betrieb des Terminals notwendig ist, aus erneuerbaren Quellen geschöpft und trägt somit zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei. *„Diese Einrichtungen wurden baulich so geplant, dass sie den Zugang für alle verbessern und ein positives Reiseerlebnis für alle Passagiere zwischen Malta und Gozo gewährleisten“*, so Christopher Farrugia von Transport Malta. *„Ein optimiertes Verkehrsnetz zwischen den Inseln, das sich durch höhere Effizienz, Sicherheit und besseren Komfort auszeichnet, bringt wirtschaftliche Vorteile für die gesamte Insel mit sich.“*

►MEHR DAZU

<https://investinginyourfuture.gov.mt/project/public-infrastructure/cirkewwa-ferry-terminal-33947651>

►TALLINN, ESTLAND

►ERFOLGREICHE NEUGRÜNDUNG IN DER SOLARBRANCHE



Gesamtkosten:
2 143 000 EUR
EU-Mittel:
1 500 000 EUR

Flexible CZTS-Solarzellen
für Gebäudeintegration.

Mit regionaler Unterstützung ist dem österreichisch-estländischen Start-up-Unternehmen Crystalsol Ltd die Entwicklung einer bahnbrechenden Technologie für Solarzellen in Estland gelungen, in der zum ersten Mal weit verbreitete, kostengünstige Materialien zum Einsatz kommen.

Crystalsol wurde als Ableger der Technischen Universität Tallinn im Jahr 2008 gegründet. Das Unternehmen profitierte dabei von EFRE-Mitteln aus dem operationellen Programm „Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds“ sowie von Enterprise Estonia, das Unternehmen in Estland fördert.

Im Projekt „Development of a cost efficient solar panel“ (Entwicklung eines kostengünstigen Solarmoduls) wurde ein vollkommen innovatives, flexibles Modul auf Basis eines Halbleitermaterials entwickelt, das teure, selten vorkommende Metalle in der Modulfertigung überflüssig macht. Außerdem ist die neue Technologie 30-50% billiger als der gegenwärtige Branchenstandard.

Mit dieser Entwicklung lassen sich Solarmodule in das Gebäude integrieren, so z. B. in die Glasfassade bzw. in das Dachmaterial – und zwar schon während der Bauphase. Dadurch sinken die Kosten erneuerbarer Energiequellen, was die Energiebilanz des Gebäudes verbessert. Das Ziel des Projekts ist, aus Energieverbrauchern zu Energieproduzenten zu machen.

Mit Hilfe von EU-Mitteln und weiterer finanzieller Unterstützung aus Finnland, Norwegen und Österreich konnte das Unternehmen 24 Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus

schloss der Solarzellen-Hersteller Vereinbarungen mit mehreren Universitäten und Einrichtungen sowohl in Europa als auch weltweit, z. B. in Singapur. Obwohl die mit 8 Mio. EUR unterstützte Technologie sich noch in der Entwicklungsphase befindet, wurde der Verkauf an EDP, einen portugiesischen Energiekonzern, bereits vereinbart.

Seit seiner Gründung hat Crystalsol eine rasante Entwicklung erlebt. 2012 erwirtschaftete das Unternehmen einen Gewinn von nahezu 1 Mio. EUR. Dabei stammt der Umsatz hauptsächlich aus Dienstleistungen im Bereich Forschung und Entwicklung sowie aus dem Absatz der wichtigsten, patentierten Innovation des Unternehmens – des Halbleiterpulvers. Ferner bezieht Crystalsol einen weiteren EFRE-Zuschuss, mit dem der Wirkungsgrad des Halbleitermaterials erhöht werden soll.

Der Markt für Solarmodule ist in einem schnellen Wachstum begriffen. Solartechnologie gilt immer mehr als Erfolg versprechende alternative Methode der Stromerzeugung, mit der CO₂-Emissionen reduziert und das Ziel einer nachhaltigen Energieproduktion verwirklicht werden können. Beweis dafür sind die globalen Branchenumsätze in Höhe von 23 Mrd. EUR im Jahre 2012 sowie die Steigerung der jährlichen Produktionskapazität um 41% in den letzten zwei Jahren.

Mit seiner bahnbrechenden Solarzellentechnologie ist Crystalsol auf dem besten Weg, Marktführer in der Fertigung von integrierten Solarmodulen zu werden.

►MEHR DAZU
www.crystalsol.com

▶ RIGA, LETTLAND

▶ NUTZUNG DER NANOTECHNOLOGIE

FÜR HOCHMODERNE INDUSTRIELLE BESCHICHTUNGSVERFAHREN

Das erste industrielle Beschichtungszentrum in Lettland, das sich der Nanotechnologie bedient, hat im Sommer 2012 seine Tore geöffnet. Die Einrichtung, deren Entwicklung durch EU-Mittel gefördert wurde, bietet mit ihrem patentierten Verfahren nun kosteneffektivere Hochleistungsbeschichtungen an, die in der Fahrzeug-, Luftfahrt- und Mikrochipindustrie eingesetzt werden.

Das lettische Unternehmen Naco Technologies hat ein erstklassiges Nanobeschichtungsverfahren entwickelt, das eine höhere Geschwindigkeit, Flexibilität und Kosteneffektivität bei der Behandlung von Präzisionsprodukten aus verschiedenen Spitzentechnologiesektoren mit Spezialbeschichtungen ermöglicht. In vielen dieser Sektoren sind Hochleistungsbeschichtungen notwendig, die den Materialien bestimmte physikalische Eigenschaften wie Schutz, Langlebigkeit, Chemikalienresistenz und eine höhere Leistungsfähigkeit verleihen.

Patentierete Technologie

Der in Riga ansässige Betrieb gehört zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen und hat eine fortschrittliche Beschichtungsmethode auf Basis von Hochgeschwindigkeits-Ionen-Plasma-Magnetron-Sputtering (High-Speed Ion-Plasma Magnetron Sputtering, HIPMS) entwickelt, die in einer Vakuumkammer durchgeführt wird. Dieses patentierte Nano-Beschichtungsverfahren ermöglicht, je nach Anforderung hochwertige mehrlagige und mehrteilige ultradünne Beschichtungen mit 0,01-150 Mikronen herzustellen, welche die Lebensdauer der beschichteten Bauteile erheblich verlängern und ihre Funktionalität erhöhen können.

Vorteile

Mit der neuen Technologie können beschichtete Produkte zehnmal schneller hergestellt werden als unter Verwendung bestehender Beschichtungsmethoden. Die Geräte, die die traditionellen umweltschädigenden chemikalienhaltigen Beschichtungsmaschinen ersetzen, sind extrem energieeffizient. Neben hoher Beschichtungsqualität, schneller Produktionsgeschwindigkeit und Umweltfreundlichkeit bietet das neue Verfahren zudem ein hohes Maß an Flexibilität im Hinblick auf Kundenspezifikationen. Ein und dieselbe Beschichtungsmaschine kann verschiedene technische Lösungen für verschiedene Industriezweige liefern.



Gesamtkosten:
591 000 EUR
EU-Mittel:
149 000 EUR

Im Laufe der letzten drei Jahre wurden 140 unterschiedliche Komponenten und Baugruppen unter Verwendung dieses Verfahrens hergestellt und anhand der entsprechenden ISO-Testnormen geprüft.

EU-Förderung

Der Erfolg von Naco Technologies ist der finanziellen Unterstützung des ersten Seed-Investors für Start-ups des Spezialtechnologiebereichs, *Imprimatur Capital*, zu verdanken.

Dieser Fonds wurde im Rahmen der JEREMIE-Initiative eingerichtet, die den EU-Mitgliedstaaten und -Regionen ermöglicht, Gelder aus den Strukturfonds und auch nationale Mittel in Fonds für den Ausbau innovativer, wachstumsstarker neuer Technologieunternehmen einzuzahlen. Das Unternehmen konnte sich ergänzend zur finanziellen Unterstützung aus den EU-Strukturfonds zusätzliches Kapital für den Kauf und den Einbau von neuen Geräten vom *Imprimatur Capital Technology Venture Fund* und von *ZGI Capital* (beide aus Lettland) sichern.

„Unsere Technologie ist aufgrund der hohen Produktivität, Qualität und Vielseitigkeit die führende Methode im Bereich der Nano-Beschichtungsverfahren“, so Alexander Parfinovics, CEO und Mitbegründer von Naco Technologies. „Das langfristige Ziel unseres innovativen Unternehmens ist die Entwicklung eines Exzellenzzentrums für die Nanotechnologie in Lettland sowie der Aufbau eines wachstumsreichen internationalen Geschäfts, das auf die Fertigungs-, Fahrzeug- und Luftfahrtindustrie ausgerichtet ist.“

▶ MEHR DAZU
www.nacotechnologies.com/



Gesamtkosten:
10 500 000 EUR
EU-Mittel:
2 500 000 EUR

► LANGUEDOC-ROUSSILLON, FRANKREICH

► REALIS

INSTRUMENTE FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN DER SOZIALWIRTSCHAFT

In der Region Languedoc-Roussillon im Süden von Frankreich wird soziale Innovation als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung auf europäischer Ebene gesehen. Im Oktober 2013 wird das von der EU unterstützte Existenzgründungszentrum REALIS zur Förderung des Wachstums von sozialwirtschaftliche Unternehmen und von lokaler Beschäftigung und Wohlstand eröffnet.

14% der lokalen Bevölkerung im Languedoc-Roussillon sind bereits in sozialwirtschaftlichen Unternehmen tätig⁽¹⁾. Dies wird als „intelligente Spezialisierung“ der Region angesehen und ist daher ein wichtiger Faktor in ihrer langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Region setzt sich seit dem Jahr 2005 für die Erweiterung der Sozialwirtschaft ein, indem sie mit lokalen Akteuren und Netzwerken zusammenarbeitet, um die notwendigen Instrumente und unterstützenden Infrastrukturen zu schaffen. Diese zusammenhängenden Projekte werden unter dem REALIS-Schirm (*Réseau Actif pour l'Innovation Sociale/Active Network for Social Innovation*) zusammengefasst, das nun eine enge Partnerschaft und ein strukturiertes Netzwerk von sich gegenseitig unterstützenden Organisationen darstellt, die Projekte zur Stellenschaffung durchführen und damit den sozialen Zusammenhalt und den Wohlstand fördern.

Alter'Incub wurde gegründet, um aufstrebende und innovative Projekte zu unterstützen, während die *École de l'Entrepreneuriat* sozialwirtschaftlichen Unternehmern hilft, die entsprechenden Kenntnisse zu erlangen. Das Netzwerk *Coventis* unterstützt

die Geschäftsentwicklung, und *REPLIC* fördert die Nachbildung von Projekten. In einem Gründerzentrum (*Pépinière ESS*) erhalten die Neulinge der Sozialwirtschaft Beistand.

Alter'Incub hat bereits 130 Businesspläne geprüft, wovon sich nun 45 in der Vor-Gründungsphase und 33 in der Gründungsphase befinden. Bisher sind daraus 14 Unternehmen hervorgegangen, und es werden pro Jahr durchschnittlich 5-6 neue Firmen erwartet, die bis Juni 2013 etwa 75 neue Arbeitsstellen schaffen könnten.

Im Oktober 2013 wird das REALIS Existenzgründungszentrum als wichtigstes Bindeglied zwischen all diesen Elementen eröffnet. Das im Industriegebiet Parc 2000 von Celleneuve, in der Nähe von Montpellier, gelegene Zentrum wird Büro- und Produktionseinrichtungen sowie Beratung anbieten und eng mit dem Unternehmensunterstützungszentrum der Region zusammenarbeiten. Die sozialwirtschaftlichen Unternehmen werden durchschnittlich drei Jahre lang begleitet und unterstützt.

„Der Ansatz von REALIS und das daraus entstandene Netzwerk ist das erste Instrument seiner Art in Frankreich und kann in anderen europäischen Ländern nachgebildet werden“, so Myriam Ludwig, Leiterin der Abteilung für Sozialwirtschaft der Region Languedoc-Roussillon. *„Er wird durch die Gründung von erfolgreichen und sozial nachhaltigen Unternehmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung in unserer Region beitragen.“*

(1) Die Region Languedoc-Roussillon befindet sich in Bezug auf die Sozialwirtschaft, die etwa 95 000 Personen, davon 75 % in Verbänden, beschäftigt, auf dem vierten Platz in Frankreich.

► MEHR DAZU

http://www.info-entrepriseslr.fr/themes/creer_reprendre/economie_sociale_et_solidaire/realis_un_reseau_innovant_pour_les_porte_par_une_marque

▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

▶ ZUSAMMENARBEIT DER REGIONEN FÜR BESSERE BERUFLICHE CHANCEN FÜR FRAUEN

Gesamtkosten:
2 357 000 EUR
EU-Mittel:
1 836 000 EUR



Mehrere Ressourcenzentren wurden in ganz Europa eingerichtet, um Frauen zu beraten und ihnen die entsprechenden Fähigkeiten zu vermitteln, um eine langfristige berufliche Laufbahn aufzubauen. Der Schwerpunkt liegt hierbei insbesondere auf Informations- und Kommunikationstechnologien und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen.

Das auf zwei Jahre ausgelegte Projekt WINNET 8 wurde im Jahr 2010 ins Leben gerufen, um das regionale Wachstum durch die Förderung der Mitwirkung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und den Wandel der Geschlechterverhältnisse, insbesondere in traditionell von Männern dominierten Bereichen, anzutreiben. Das Projekt zielt ebenfalls darauf ab, regionale, nationale und EU-Richtlinien in Bezug auf den Status von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu beeinflussen und sicherzustellen, dass diese Ansätze in der allgemeinen Politik berücksichtigt werden.

Das vom INTERREG IV C-Programm der EU finanzierte Projekt ist darauf ausgerichtet, Erfahrungen aus der Vergangenheit gewinnbringend zu nutzen und diese Bemühungen international zu konsolidieren, und zwar durch die Mitwirkung von lokalen, regionalen und nationalen Akteuren von acht EU-Mitgliedstaaten: Bulgarien, Finnland, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Schweden und dem Vereinigten Königreich.

Women Resource Centres

Ein Kernelement der Arbeit ist die Verbreitung des in Schweden entwickelten Women Resource Centre-Modells (WRC) in ganz Europa. Dieses Modell stellt ein Instrument für die Erreichung von Gleichberechtigung in der in Politik der regionalen Entwicklung von ländlichen und städtischen Gegenden dar. Die Hauptzielgruppe der WRCs sind Frauen, die ihre Ideen in Bezug auf neue Unternehmen, Innovation, Beschäftigung, Projekte usw. realisieren möchten. Die WRCs bieten diesen Frauen Unternehmensberatung, Unterstützung bei Projektentwicklung und Finanzierung, Mentoring und Aktionsbündnisse an. Die WRCs werden von dem europäischen Verband WINNET Europe unterstützt, der seit 2006 die Mitwirkung von

Frauen in der regionalen Entwicklung gefördert hat. Ein Winnet Centre of Excellence (WCE) wurde 2011 in Schweden eingerichtet, um die Erfahrungen der WRCs innerhalb von Europa zu untersuchen und zu verbreiten.

Politische Entscheidungsträger

Politische Entscheidungsträger und Mitarbeiter von Behörden stellen eine wichtige Zielgruppe der WRC-Aktivitäten dar, und zur Erhöhung des Bewusstseins für die Geschlechterrollen in der politischen Entwicklung wurden sogenannte regionale Multi Actor Groups (MAGs) auf lokaler Ebene gegründet, um als Forum für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsbehörden, lokalen und regionalen Behörden, Unternehmen, Forschungsinstituten, WRCs, NROs usw. zu dienen. Hieraus resultierte die Schaffung von neun regionalen Aktionsplänen in den betreffenden Mitgliedstaaten.

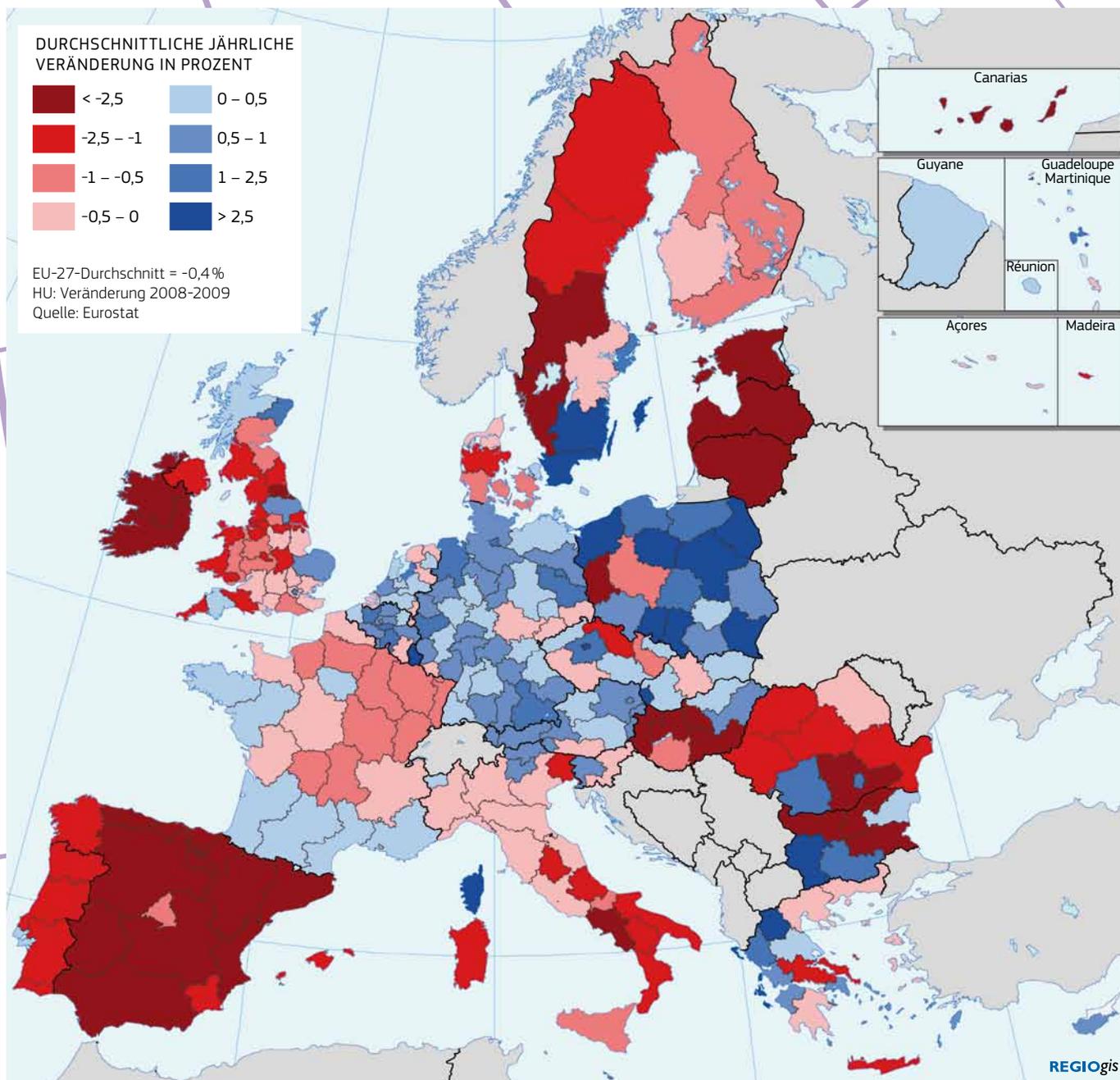
Austausch von bewährten Vorgehensweisen

Es wurde eine Leitlinie namens *Women Resource Centres, Innovation & Practices for Smart, Inclusive and Sustainable Growth* mit einer Reihe von ausgewählten praktischen Beispielen aus den Mitgliedstaaten neben einiger anderer Publikationen zu bewährten Vorgehensweisen veröffentlicht. Darüber hinaus wurde ein Buch mit politischen Empfehlungen mit dem Titel *Innovation & Policies, for Smart, Inclusive and Sustainable Growth* geschrieben und auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene ausgegeben.

„Die Erfahrungen aus Schweden in Bezug auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Frauen sind für andere Länder Europas sehr wertvoll“, so Carin Nises von der Gemeinde Älvdalen (federführender Partner). „Das Projekt WINNET 8 leistet einen positiven Beitrag zu den Prioritäten der Kohäsionspolitik 2014-2020 bezüglich der Verbesserung der Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt.“

▶ MEHR DAZU
www.winnnet8.eu

▶ VERÄNDERUNGEN DER BESCHÄFTIGUNGSQUOTE VON 2007 BIS 2009

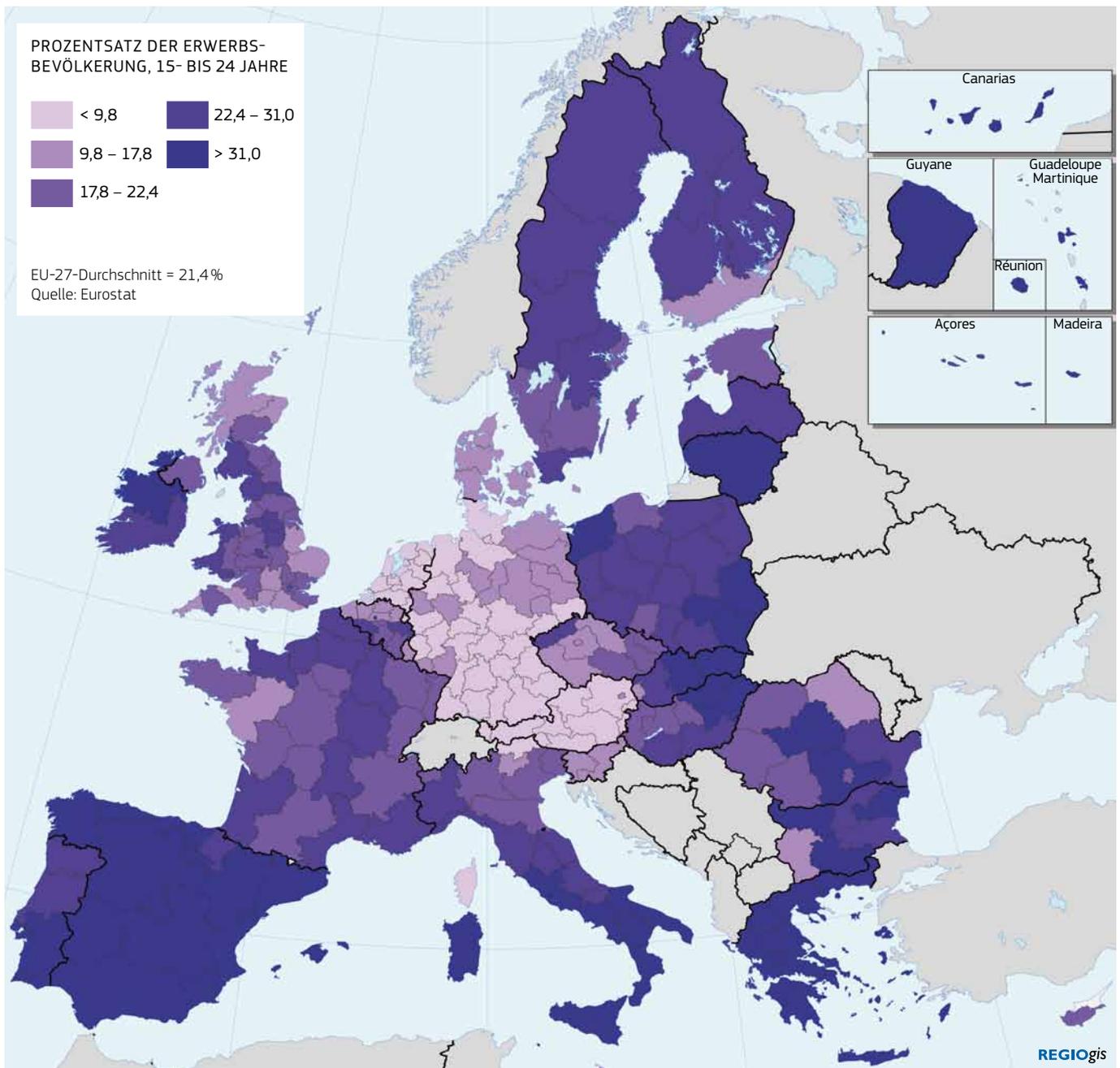
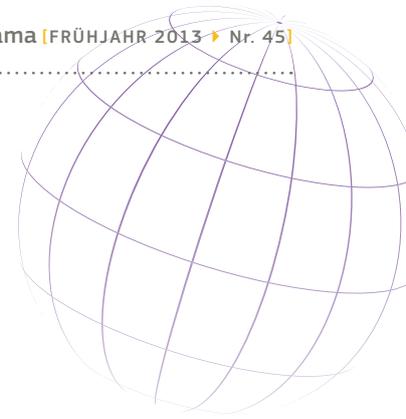


© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

Zwischen 2007 und 2009 ging die Beschäftigung in der Hälfte der EU-Regionen zurück. Der Rückgang war in Spanien, Irland und den baltischen Staaten mit Veränderungen zwischen -6% und -3% pro Jahr besonders hoch. In Griechenland sank die Beschäftigungsquote im Jahr 2009 nur in vier von zwölf Regionen. In den Jahren danach stieg jedoch auch hier der

Beschäftigungsrückgang an, ebenso wie im Bulgarien. Im Gegensatz dazu verzeichneten 20 Regionen einen Beschäftigungsanstieg von 2% oder mehr. In den meisten Regionen in Polen, Deutschland, Österreich, Belgien und den Niederlanden stieg die Beschäftigung in diesem Zeitraum an.

▶ JUGENDARBEITS- LOSIGKEIT 2011



Im Jahr 2011 erreichte die Jugendarbeitslosigkeit ein kritisches Niveau. In einer von vier Regionen lag die Quote zwischen 30 und 65%. Die meisten Regionen in Portugal, Spanien, Süditalien und Griechenland sowie einige Regionen von Polen, der Slowakei und Ungarn litten unter der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Nur in den Niederlanden sowie in Deutschland und Österreich lag die Quote in nahezu allen

Regionen bei unter 10%. In Österreich, Belgien, Deutschland und im Vereinigten Königreich waren die Hauptstadtregionen am stärksten von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen, während in der Tschechischen Republik, der Slowakei sowie in Ungarn, Rumänien und Bulgarien die Hauptstadtregionen die jeweils niedrigste Quote aufwiesen.

▶ ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN DER JASPERS-EVALUIERUNG

Die Initiative „Joint Assistance to Support Projects in European Regions“ (Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) – bekannt unter dem Namen JASPERS –, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung in Auftrag gegeben wurde, stellte ihre wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen vor⁽¹⁾. AECOM (Irland) führte die Evaluierung im Jahr 2012 durch, wobei Datenbankanalysen, Fallstudien, vor Ort stattfindende Workshops sowie Gespräche mit Mitgliedstaaten, der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung und JASPERS-Mitarbeitern ausgewertet wurden. Die Evaluierung dauerte sechs Jahre und wurde im 2011 abgeschlossen.

Die JASPERS-Initiative hat das Ziel, die Kapazität der Empfängerländer hinsichtlich der Nutzung von EU-Mitteln zu erhöhen⁽²⁾. Von der Bereitstellung technischer Unterstützung zur Verbesserung der Quantität und Qualität von Großprojekten sollten sowohl die betroffenen Regionen als auch die Europäische Union profitieren. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts wiesen die neuen Mitgliedstaaten noch geringe Erfahrungen im Umgang mit sehr großen Investitionsvorhaben auf. Zudem stiegen die Ressourcen für große Infrastrukturprojekte sowie der Umfang von Projekten, die vom Kohäsionsfonds unterstützt werden konnten, an.

Die JASPERS-Initiative ist eine Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und

Entwicklung (EBWE) und der KfW-Bankengruppe mit Regionalbüros in Luxemburg, Wien, Bukarest, Sofia und Warschau. JASPERS unterstützt Projekte in Sektoren wie Häfen, Flughäfen, Eisenbahnen, Straßen, städtische Infrastruktur, feste Abfälle und Energie, Wasser und Abwasser sowie wissensbasierte Wirtschaft.

Ziel der Evaluierung war es, die Wirksamkeit der JASPERS-Initiative hinsichtlich Qualität und Dauer von Vorbereitung, Vorlage, Genehmigung und Umsetzung von Großprojekten in den Ländern zu bewerten, die 2004 und 2007 der Europäischen Union beigetreten sind⁽³⁾.

Wichtigste Ergebnisse der Evaluierung

▶1. Es hat sich gezeigt, dass die JASPERS-Initiative für die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung von Projekten und bei Finanzierungsanträgen äußerst hilfreich war; zudem findet weiterhin eine große Nachfrage statt. Es gibt solide statistische Belege dafür, dass die Dauer des Genehmigungsprozesses der Kommission sowie der Entwicklung von Projekten durch die Mitgliedstaaten mit einer Unterstützung durch die JASPERS-Initiative erheblich reduziert wird.

▶2. Das größte Potenzial zur Optimierung der Projektqualität zeigt die JASPERS-Initiative bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten in der strategischen Phase sowie bei der Entwicklung der Projektplanungskapazitäten.

Wichtige in der Evaluierung enthaltene Empfehlungen

▶1. Strategischer Ansatz

JASPERS sollte ausdrücklich zum Ziel haben, die Projektplanungskapazität von Mitgliedstaaten zu unterstützen; zudem sollte ein größerer Schwerpunkt auf dieses Ziel gelegt werden. Es werden dreijährige, zwischen JASPERS und den jeweiligen Mitgliedstaaten vereinbarte Arbeitspläne empfohlen. Die Arbeitspläne sollten an die Bedürfnisse und Stärken eines jeden Mitgliedstaates angepasst werden.

(1) Die Beschreibung der Evaluierung, der Abschlussbericht und die zugehörigen Dokumente stehen auf der Inforegio-Website zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/eval2007/jaspers_evaluation/final_report_131212.pdf

(2) Die EU12-Staaten – Empfängerländer der JASPERS-Initiative – sind Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechische Republik und Zypern.

(3) Ein Großprojekt ist ein Projekt, dessen Gesamtkosten sich auf über 50 Mio. EUR belaufen. JASPERS verwendet diese Definition für Infrastruktur-Projekte. Der Mindestbetrag für Großprojekte im Umweltbereich liegt bei 25 Mio. EUR.



Das Copernicus Science Centre in Warschau, Polen, erhielt Unterstützung von JASPERS. Das Zentrum wurde im November 2010 eröffnet.

▶2. Auswirkungen auf die Planungsphase von Projekten

JASPERS-Einsätze sollten so früh wie möglich in der Planungsphase eines Projektes stattfinden, wobei technische oder fachmännische Beratung bereits im frühesten Planungsstadium gegeben werden sollte. In diesem Rahmen kann auch die Empfehlung gegeben werden, Projekte, die keine Priorität haben oder grundlegende Schwächen aufweisen, nicht durchzuführen. Eine effektive Ressourcennutzung für Jaspers bestünde darin, regelmäßig Beratungen zu den Bedingungen von Machbarkeitsstudien für Projekte sowie zur Bewertung dieser Studien vor deren Abschluss zu geben.

▶3. Formalisierte Arbeitsvereinbarungen

Arbeitsvereinbarungen zwischen JASPERS, der Kommission und den Mitgliedstaaten sollten stärker formalisiert werden. Ziel ist es dabei, die Rollen und Aufgaben von Kommission, Mitgliedstaaten und JASPERS eindeutig zu definieren.

▶4. Entwicklung von Sektorstrategien

Die Beratung durch JASPERS sollte den Mitgliedstaaten regelmäßig auch bei der Entwicklung von Sektorstrategien angeboten werden. JASPERS-Einsätze sollten generell beratender Natur sein und auf Einladung der Mitgliedstaaten stattfinden.

▶5. Entwicklung von technischen und Projektplanungs-kapazitäten bei den Mitgliedstaaten

Zur Verbesserung der Kapazitäten der Mitgliedstaaten bei der Auswahl und Entwicklung qualitativ hochwertiger Projekte ist

ein strategischer ausgerichteter Ansatz erforderlich. Auf Basis einer Analyse der Projektplanungskapazitäten der Mitgliedstaaten könnte sich JASPERS auf bestimmte Aktivitäten konzentrieren, die einen großen Einfluss auf Projektplanung und -qualität hätten.

▶6. Optimierung des Wissenstransfers von JASPERS-Aufträgen

Die Ergebnisse der Evaluierung bestätigen die hohe Bedeutung einer Verbesserung des Wissenstransfers. Die JASPERS-Initiative sollte ein System bereitstellen, in dem ermittelte und gelöste technische Probleme einzelner Projekte vorgestellt werden, falls diese allgemeine Relevanz haben. Des Weiteren ist eine aktive Beteiligung durch die Mitgliedstaaten erforderlich – beispielsweise bei der Ermittlung der bereits vorhandenen Strukturen und der erforderlichen Maßnahmen –, sodass ein effektiver Wissenstransfer stattfinden kann.

▶MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/the_funds/instruments/jaspers_de.cfm

TERMINE

24.-25. APRIL 2013

_Warschau (PL)

**RURBAN Conference –
Sustainable Urban Rural
Partnerships**

21. SEPTEMBER 2013

_Europaweit

European Cooperation Day

7.-10. OKTOBER 2013

_Brüssel (BE)

OPEN DAYS 2013

28.-29. OKTOBER 2013

_Bukarest (RO)

**2. Jahresforum zur
EU-Strategie für den
Donauraum**

9.-10. DEZEMBER 2013

_Brüssel (BE)

**Conférence
Konferenz „Telling the story“**

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm

VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Wir würden gerne von den Erfolgen der Kohäsionspolitik in Ihrer Region erfahren, insbesondere von Ergebnissen und greifbaren Vorteilen für die Bürger. Uns interessiert auch Ihre Meinung zu den Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum.

Ausgewählte Beiträge erscheinen in der nächsten Ausgabe des *Panorama*-Magazins. Bitte schicken Sie Ihre Einsendungen (maximale Länge: 1 500 Zeichen ohne Leerzeichen) an:

regio-panorama@ec.europa.eu



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Anna-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brussels
E-mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

